



Ausschuss für Kultur und Medien

60. Sitzung (öffentlich)

3. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte:

1 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 3

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 (Neudruck)

– Zuziehung von Sachverständigen –

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

2 Verschiedenes

48

Vorsitzender Karl Schultheis: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie sowie die Sachverständigen, die Vertreter und Vertreterinnen der Ministerien und die Zuhörerinnen und Zuhörer und Vertreter der Medien sehr herzlich zur 60. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien begrüßen.

Die Tagesordnung haben Sie mit der Einladung 16/1717 erhalten. Ich frage, ob ich Einvernehmen hinsichtlich der Tagesordnung feststellen kann? Ist jemand gegen die vorliegende und verschickte Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Insofern ist das Einvernehmen hergestellt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

1 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 (Neudruck)

– Zuziehung von Sachverständigen –

(Teilnehmende Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

Den bisherigen Fahrplan der Beratung dieser Anträge will ich kurz Revue passieren lassen. Der Antrag ist uns am 3. März 2016 zur Mitberatung durch das Plenum überwiesen worden. Die Federführung für diesen Antrag liegt beim Integrationsausschuss. Am 27. April hat eine gemeinsame Anhörung des Integrationsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales stattgefunden. Der Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses sieht vor, dass bis zum 30. Mai 2016 die Voten der mitberatenden Ausschüsse vorliegen sollen.

Wir konzentrieren uns heute auf die Teile des Antrages, die dem Kulturbereich und dem Medienbereich zuzuordnen sind. Dazu begrüße ich insbesondere die erschienenen Gäste, Expertinnen und Experten, deren Namen Sie dem vorliegenden Tableau entnehmen können. Ich danke schon jetzt den Sachverständigen für ihre schriftlich vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für die Ausschussmitglieder, wenn es darum geht, ein Votum des Ausschusses zu erarbeiten.

Wie gesagt: Wir beschränken uns auf die kulturpolitischen und medienpolitischen Aspekte des Antrags. Hierzu werden wir zunächst die Sachverständigen des Kulturbereichs, dann diejenigen des Medienbereichs hören. Jede Sachverständige, jeder

Sachverständige hat ungefähr drei Minuten, nochmal die Kernaussagen der schriftlichen Stellungnahme, sofern sie vorliegt – bei den meisten ist das der Fall – konzentriert vorzutragen. Es folgt eine erste Runde mit Fragen der Abgeordneten. Anschließend haben Sie, die Sachverständigen, Gelegenheit zu antworten. Falls sich weitere Fragen ergeben, können wir eine zweite Runde durchführen, aber ich gehe davon aus, dass wir in einer Runde die notwendigen Fragen, aber auch die notwendigen Antworten hören.

Wichtig ist für die stenografische Aufnahme Ihrer Worte, dass sie jeweils das Mikrofon einschalten.

Für die kulturpolitischen Aspekte begrüße ich als Ersten Herrn Harald Pilzer vom vbnw und Stadtbibliothek Bielefeld ganz herzlich und bitte um seinen Beitrag. Die schriftliche Stellungnahme liegt mit der Nr. 16/3123 vor. – Herr Pilzer, Sie haben das Wort.

Harald Pilzer (vbnw – Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. –, Direktor der Stadtbibliothek Bielefeld): Sehr geehrter Herr Schultheis, vielen herzlichen Dank! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit drei persönlichen Impressionen beginnen bezüglich dessen, was sich so in den letzten Jahren und den letzten Wochen in den Bibliotheken unseres Bundeslandes ereignet hat, was ich erlebt habe.

Aber vielleicht greife ich mit einer persönlichen Impression etwas weiter zurück. Sie beginnt im Jahr 1989, als ich in West-Berlin tätig war und dort erlebt habe, wie nach der Maueröffnung die Bürgerinnen und Bürger aus dem neu hinzugekommenen Bundesgebiet, also aus den Randbezirken der Stadt Berlin, in diese Bibliotheken kamen und sich dort informiert haben.

Ich war gerade auf einer Bibliotheksreise durch Dänemark und habe dort gehört, dass dort bis zu 60 % der Bürgerinnen und Bürger des Landes die öffentlichen Bibliotheken nutzen, und zwar unter anderem auch, weil es eine Befreiung von der Jahresgrundgebühr gibt, die es in den meisten unserer öffentlichen Bibliotheken nicht gibt.

Wir haben erlebt, wie dort, aber auch bei uns im Zuge des Zustroms an Migrantinnen und Migranten die öffentlichen Bibliotheken besucht worden sind.

Vor diesem Hintergrund ist mir Folgendes sehr wichtig: Diese Beispiele illustrieren, dass die Menschen in die Bibliotheken kommen, und das nicht nur, weil sie natürlich hoffentlich die informative Qualität dort schätzen, sondern weil sie diese Bibliotheken auch als Orte schätzen, an denen sie arbeiten und lernen können, an denen gemeinschaftliches Leben stattfindet und an denen neben der technisch vermittelten Information und Kommunikation auch so etwas stattfindet wie natürliche Kommunikation zwischen den Menschen.

Sie wissen, dass Integration immer eine staatlich-planerisch und fürsorgliche Seite hat, aber auch eine freiwillige, von den Individuen selbst zu steuernde Seite. Und mit welchem Gewicht diese beiden Aspekte behandelt werden, ist politisch ja häufig umstritten.

Die öffentlichen Bibliotheken können hier eine Brückenfunktion einnehmen. Sie sind nicht nur freiwillige Einrichtungen ihrer Städte und Gemeinden, sondern ihre Benutzung ist freiwillig und jedem Menschen freigestellt, der sich davon einen wie auch immer gearteten immateriellen oder auch materiellen Nutzen verspricht. Und hierbei forciert kein sanfter Zwang oder expliziter Zwang die Nutzungen und den Besuch, eher sind es selbstbestimmte Prozesse des Lernens, des Informierens und Kommunizierens der Menschen, die die Chancen der sie aufnehmenden Gesellschaft und ihrer Strukturen erkennen und nutzen wollen. Das haben wir in den letzten Wochen und Monaten gemerkt und erlebt.

Die kommunalen Bibliotheken verstehen sich als Teil einer aktiv gestalteten Willkommenskultur, auch weil sie auf eine lange Tradition entsprechender Angebote zurückblicken können. Zeitungen und Zeitschriften aus den Herkunftsländern der in den 60er-Jahren nach Deutschland gekommenen Arbeitsemigranten und ihrer Familien gehörten zu den ersten Angeboten, die in den Bibliotheken anzutreffen waren. Später kamen fremdsprachig erzählende Literatur und die berühmten Videos hinzu.

Viele dieser Aufgaben werden heute vom Internet übernommen, und somit sind andere Nachfragen in den Vordergrund gerückt, die auch und gerade jetzt eine Rolle spielen.

Ganz trivial formuliert: Wörterbücher, Bildwörterbücher, mehrsprachige Kinderbücher, Veranstaltungsformen wie Vorlesenachmittage in den Herkunftssprachen für die Familien, die Zusammenarbeit mit den Willkommensklassen der Schulen oder die Gesprächsnachmittage und Dialoggruppen mit den Migrantinnen und Migranten. Es gibt eine Vielzahl von Formen und Angeboten, die ich in der Breite gar nicht aufzählen kann und auch eigentlich nicht quantifizieren kann.

Ob sich diese Begegnungsformen nun Sprachcafé oder Dialog in Deutsch nennen, ist eher zweitrangig. Das Prinzip ist das Zusammenkommen mit Menschen unterschiedlichster Herkunft, die sich zum Beispiel über ihre Heimat, ihre Gebräuche, ihre Gewohnheiten, ihre Feste und ihr täglichen Leben austauschen. Das sind keine Sprachkurse – diese werden eher vorausgesetzt –, sondern vielmehr Gelegenheiten, andere Menschen außerhalb ihrer Unterkünfte zwanglos zu treffen und Deutsch zu üben.

Öffentliche Bibliotheken sind öffentliche Räume mit klaren Regeln, sodass Familien ihre Kinder dort ohne Sorge in diesen Raum entlassen können, weil sie dort vor Belästigungen geschützt sind. Das ist für viele ein sehr wichtiger Aspekt dieser Häuser. Dies gilt ebenfalls für Familien mit einem sehr traditionellen Rollenbild.

Nicht immer sind in den Bibliotheken Räume für Begegnungen vorhanden. Hier sollten die Kommunen und womöglich auch das Land helfen, solche Begegnungsräume zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres wichtiges Feature der öffentlichen Bibliotheken sind öffentliche Internetzugänge und die Bereitstellung eines öffentlich zugänglichen bzw. nach der Überwindung geringer Hürden mit eigenen Geräten zugänglichen Internets. Manchmal reicht schon die Bereitstellung einer Ladestation für Mobiltelefone.

Wir benötigen daneben Mittel für ein verbreitertes Angebot an konventionellen und digitalen Lern-, Lehr- und Informationsmitteln wie zum Beispiel Lizenzen für fremdsprachige Onlinezeitungen und -zeitschriften, aber auch technische Hilfsmittel wie zum Beispiel Laptops und Tablets.

Last but not least – der dritte Aspekt: Die kommunalen Bibliotheken leben derzeit sehr stark vom intensiven Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und von einem nahezu in jeder Bibliothek anzutreffenden ehrenamtlichen Engagement. Dieses sollte gestärkt werden. Oftmals fehlen dort schon die geringsten Mittel für Aufwandsentschädigungen oder Fahrtkosten.

Die Hilfen, die wir benötigen, sind neben denen sachlicher und technischer Natur vor allem personeller Art. Wir brauchen geschulte, professionelle sozial- und medienpädagogische oder pädagogische Kräfte, die – durchaus befristet – die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Tätigkeiten, in dieser Begegnungsarbeit und in dieser Integrationsarbeit unterstützen. – Dieses in aller Kürze, Herr Schultheis. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Pilzer, für Ihren Beitrag. Als Nächsten bitte ich Herrn Dr. Robert von Zahn um seinen Beitrag. Herr Dr. von Zahn und Herr Bode vertreten auch Herrn Dr. Gerhart Baum in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des Kulturrates NRW. Originär vertritt Dr. von Zahn den Landesmusikrat NRW. Herr Dr. von Zahn, Sie haben das Wort.

Dr. Robert von Zahn (Landesmusikrat NRW): Meine Damen und Herren! Vielen Dank für das Recht, sprechen zu dürfen. Wir nehmen sehr gerne zu diesem Plan Stellung. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass gleich zwei Vorsitzende heute terminlich verhindert sind, nämlich sowohl der Landesmusikratspräsident als auch der Kulturratspräsident. Rainer Bode und ich werden die Stellungnahme des Kulturrats in unsere Stellungnahmen einfließen lassen. Bei all dem, was ich vergesse – es wird bestimmt sehr viel sein –, wird er mich gleich ergänzen.

Ich bin sehr froh, dass dieser Plan auf dem Tisch liegt. Ich sollte das nicht am Anfang unkritisch tun, aber zunächst einmal muss ich doch sagen: Den Autoren muss man gratulieren. Ich war beeindruckt, wie viele Aspekte von vornherein mitbedacht sind. Es ist auch nicht nur so, dass einfach eine sehr gute Arbeit vorliegt, sondern diese Arbeit kommt zum richtigen Zeitpunkt.

Ich durfte hier vor einigen Sitzungen über das Engagement von Musikvereinen und Chören in Bezug auf Flüchtlinge berichten und darlegen, dass wir bereits 2015 mit Landesmitteln Projektförderung ausschreiben durften für diejenigen, die bereit waren, mit Flüchtlingen zu arbeiten. Diese erste Projektserie ist abgeschlossen.

Wir konnten in diesem Jahr Fördergelder für 2016 ausschreiben. Die Frist war am Freitag vergangener Woche abgelaufen. Inzwischen haben wir schon einen ganz guten Überblick über die vorliegenden Anträge. Man merkt ganz deutlich den veränderten Charakter der Anträge. Man merkt, dass die Antragsteller jetzt in der Lage sind, mit einer Gruppe von Flüchtlingen zusammenzuarbeiten, von der sie wissen, dass sie mit

der länger zu tun haben werden. Das verändert den Charakter der Projekte. Die Projekte werden dadurch nachhaltiger, mittelfristiger, mehr auf ein mittelfristiges Ergebnis hin ausgelegt.

Wir haben bei unserer Diskussion über Flüchtlingsprojekte gerade darüber gesprochen, dass diese erste Welle der Willkommenskulturprojekte hier einfach Mängel aufweisen musste, weil es da um andere Rahmensituationen ging. Diese Rahmensituation verändert sich, und genau das führt dazu, dass der Plan zum richtigen Zeitpunkt kommt. Denn gerade dann, wenn die Welle des bürgerschaftlichen Engagements jetzt anfängt, sich mittelfristig auszurichten – Wie kommen wir über einen Zeitraum von mehr als einem Haushaltsjahr zu Ergebnissen in der Integrationsarbeit mit Flüchtlingen –, dann ist es gut, wenn Sie einen Plan vorlegen, der Richtlinien vorgibt, Ratschläge, Empfehlungen, Selbstbindungen. Auch gerade Selbstbindungen sind in dem Fall ganz wichtig.

Wir haben sowohl seitens des Landesmusikrats als auch seitens des Kulturrats schriftlich Stellung genommen. Ich möchte jetzt nicht alles das wiederholen, was in diesen schriftlichen Stellungnahmen steht.

Auf einen Aspekt der musikalischen Arbeit möchte ich allerdings besonders hinweisen. Das ist der Wert des Singens als Förderung des Spracherwerbs. Die Projekte, die mit Landesmitteln durchgeführt werden konnten, haben erneut das bewiesen, was die Pädagogik längst wusste. Das Singen ist enorm wichtig, ein wichtiges Fördermittel für den Erwerb der Sprache. Übrigens nicht nur das Singen in der deutschen Sprache, auch das gemeinschaftliche Singen in der Herkunftssprache vermittelt hier zusätzliche Kompetenzen. Das Singen fördert die selbstverständliche Nutzung dieser fremden Ausdrucksform des Deutschen. Es internalisiert die Aussprache es internalisiert erlernte Satzbildungen. Der Effekt ist immer wieder zu beobachten.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf die über 2.000 Chöre hinweisen, die im Chorverband NRW vereinigt sind. Ich sage das nicht einfach nur so, sondern die gibt es, die sind bereit, zu tun. Es ist schon seit Monaten feststellbar, dass dieser Verband sich auf einen ganz neuen Kurs gegeben hat. Der Verband verfolgt einen Kurs der integrativen Arbeit, des bewussten Zugehens auf Einwandererkulturen. Er entwickelt sogar für seine ganz traditionellen alten Mitglieder neue Veranstaltungsformate, die es überhaupt möglich machen, dass man jetzt andere Gruppen mit einbeziehen kann, auch wechselnde Gruppen aus Flüchtlingsheimen. Das ist, glaube ich, ein Potenzial, das die Landespolitik sich noch viel stärker zunutze machen kann und das sie unterstützen kann.

Ich möchte auch hinweisen auf die 160 öffentlichen Musikschulen in Nordrhein-Westfalen, die seit Jahren, seit 2014, also bevor die Medien richtig gemerkt haben, welche Quantitäten der Einwanderung hier entstehen, Projekte der integrativen Art mit Flüchtlingen durchführen. In diesem Zusammenhang möchte ich besonderes Augenmerk legen auf einige der von Ihnen vorgelegten Kapitel.

Ich nenne „Frühe Hilfen.Integration von Anfang an.“ auf Seite 7, wo man noch ergänzen sollte, dass man hier viel erreichen kann mit aufsuchenden musikalischen Eltern-

Kind-Angeboten. Gerade die in öffentlichen Musikschulen haben hier Erfahrungen gesammelt. Ich weise hin auf die Musikschulen in Hürth, in Köln-Porz, in Bochum, die dafür viel getan haben.

Dies gilt auch für das Kapitel „Gemeinsam Lernen. Integration in der Schule.“ auf Seite 8. Auch dort kann man anführen, dass der Spracherwerb eben durch musikalische Mittel ganz erheblich unterstützt werden kann. Und die Willkommens- und Integrationsklassen sind genau das richtige Terrain dafür, wo Sie alle erreichen. Man sollte das dort noch ergänzen.

Die öffentliche Musikschule kann überdies als ein weiterer Lernraum definiert werden, so wie es auf Seite 9 im Kontext angesprochen wird. Man sollte sie hier auf Seite 9 ergänzen.

Ich möchte zusammenfassend sagen, dass die Musikschulen, die Chöre, die Musikvereine, die Soziokulturellen Zentren – das erzählt gleich Rainer Bode –, aber auch viele, viele weitere Vereine und Verbände, die im Landesmusikrat und alle im Kulturrat NRW Mitglied sind, auch für Tanz und Theater und weitere Sparten bereitstehen, die Umsetzung des Landesintegrationsplans zu unterstützen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. von Zahn. Ich leite dann über zum Beitrag von Herrn Bode für die Landesarbeitsgemeinschaft der Soziokulturellen Zentren Nordrhein-Westfalen. Er wird begleitet und unterstützt durch Frau Julia Dill und Herrn Jochen Wolk. Die Drucksachen-Nr. der schriftlichen Stellungnahme lautet: 16/3809. – Herr Bode.

Rainer Bode (LAG – Soziokulturelle Zentren NW e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Ich danke auch dafür, dass wir als LAG auch nochmal Stellung zu dem Integrationsplan nehmen dürfen und begrüße natürlich auf jeden Fall, dass hier systematisch versucht wird, dass systematisch aufgezeigt wird, wie mit dem Punkt „Flüchtlinge, Geflüchtete“ umgegangen werden kann; die Frage der Begrifflichkeit muss man wahrscheinlich auch nochmal diskutieren.

Eine kritische Anmerkung am Anfang: Wenn von Fluchtursachen gesprochen wird, muss auch Nordrhein-Westfalen irgendwann genauer gucken, was Nordrhein-Westfalen unter Umständen dazu beiträgt. Wenn ich an die Landwirtschaftspolitik und daran denke, dass viele Menschen aus den nordafrikanischen Ländern flüchten, weil ihnen ihre bäuerlichen Grundlagen genommen wurden, und das vielleicht auch durch nordrhein-westfälische Exportpolitik, dann muss man sich der Verantwortung bewusst werden und sich diesem Aspekt mehr zuwenden. Das gehört nicht automatisch in den Integrationsplan, aber man sollte es sich perspektivisch nochmal angucken.

Zwei weitere Anmerkungen:

Erstens: Es ist zwar richtig beschrieben, dass der Arbeitsmarktzugang für die Flüchtlinge deutlich besser werden muss und dass das sicherlich eine Bundesangelegenheit ist. Da es sich dabei aber um einen entscheidenden Punkt handelt, muss ihn die Politik stärker und schneller angehen, damit Zugänge, die wir auch in den Zentren anbieten können, nicht mehr an formalen Gegebenheiten scheitern.

Zweitens: Es wird viel von Arbeit und Wohnen gesprochen, aber zu wenig über das Wohnumfeld. Wir wissen aus der Befassung mit der Wohnumfeldverbesserung, dass es nichts nützt, nur zu bauen oder Arbeitsplätze zu schaffen, ohne gleichzeitig eine Struktur zu schaffen. Dafür müsste man stärker in den Blick nehmen, was gerade in der Städtebauförderung in den vergangenen Jahren erreicht worden ist, was dazu auch beiträgt.

Die Zentren sind auf Seite 16 bei den Umsetzungen nur im Bereich Kunst und Kultur und nur im konkreten Zusammenhang mit der Förderung von Kindern und Jugendlichen bzw. geflüchteten jungen Menschen erwähnt. Unser Kritikpunkt: Ältere Erwachsene, Flüchtlinge werden in diesem Wortlaut im Zusammenhang mit der Soziokultur ausgespart. Diese bilden aber einen nicht unbeträchtlichen Teil der generellen soziokulturellen Klientel. Ist damit perspektivisch gemeint, dass sich weitere Förderhilfen für die Soziokultur nur in diesem Bereich abspielen? Unsere Arbeit geht von einem generationsübergreifenden Ansatz aus und bezieht alle Altersgruppen ein. Sicherlich gilt es, auf die junge Klientel ein Hauptaugenmerk zu legen, aber unsere Forderungen gehen über diese Zielgruppe hinaus.

Wir haben eine Umfrage betreffend die konkrete Praxis der Arbeit in den Zentren durchgeführt; den Fragebogen haben wir in der Stellungnahme dokumentiert. Wir wollten Klarheit: Was wird im Bereich Interkultur und was wird im Bereich Flüchtlinge getan?

Dazu ein paar Beispiele aus der Praxis. In Essen läuft zurzeit ein Deutschkurs für Flüchtlinge aus dem nahe gelegenen Zeltdorf, ein theaterpädagogisches Projekt wird mit Geflüchteten durchgeführt. Ebenfalls geplant ist eine Theaterproduktion zum Thema „Flucht und Asyl“. Des Weiteren haben wir den ehrenamtlichen Runden Tisch „Flüchtlingshilfe Stele“ vor Ort mitgegründet und unterstützen ihn mit unseren räumlichen und infrastrukturellen Möglichkeiten. Darüber hinaus ist das Grend Träger des seit 2005 jährlich stattfindenden Internationalen Literaturfestivals „Literatürk“ sowie des ebenfalls seit 2005 jährlich durchgeführten Schreibwettbewerbs für Kinder und Jugendliche, Essener Anthologien/ruhrlesebuch.

Stroetmanns Fabrik in Emsdetten, also im ländlichen Raum – das war auch nochmal ein Hinweis darauf, stärker zu differenzieren zwischen der Arbeit mit und für Flüchtlinge in städtischen und in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, weil es da Unterschiede gibt – bietet Sprachcafés, einen Menschenrechtechor, wo Deutsche und Geflüchtete zusammen sind, Vollbody Tanztheater für Männer mit Deutschen und Geflüchteten, eine Frauentanzgruppe aus 16 Nationen bestehend, eine Theatergruppe mit 17 Deutschen und drei Geflüchteten. Es ist Treffpunkt verschiedener migrantischer Initiativen.

Der Bahnhof Langendreer in Bochum bietet, getragen von der „Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum“ eine Vermittlungssprechstunde an, eine Disco für insbesondere arabischstämmige Frauen und Mädchen, einen Treffpunkt, eine Koordination im „Netzwerk Flüchtlinge Langendreer“, hat ein interkulturelles Konzertangebot. Zweijährig findet das interkulturelle Festival „Ruhr International“ statt. Außerdem gibt es das „Projekt Arbeitsintegration“.

Das waren nur ein paar Beispiele von dem, was in den Zentren läuft. Wir hatten es in der Kulturausschusssitzung vor einigen Wochen schon mal dargelegt, aber ich wollte jetzt nochmal die Bandbreite klarmachen.

Probleme haben wir auch benannt: Sprachprobleme, die Frage der Ausbildung – außer der Sprachausbildung – für die Geflüchteten. Die Ausbildung ist ein vorrangiges Ziel. Wir müssen nochmal darauf hinweisen, dass da entsprechend viel, viel mehr getan werden muss. Das bezieht sich auf die Frage von Besuchern, das bezieht sich auf die Frage von Interessen- und Nutzergruppen. Wenn wir Beschäftigungsmöglichkeiten generieren wollen, anbieten wollen, muss das Sprachproblem noch stärker angegangen werden, denn sonst haben wir keine Chance, ihnen Stellen anzubieten.

Generell zum Schluss: Wir halten eine ernsthafte oder fundierte Position und langfristige Öffnung der Einrichtung zur Interkultur für wichtig. Viele Kulturprojekte, die aktuell für die Arbeit mit Flüchtlingen Förderung erhalten, sollten meines Erachtens nicht allein wirken, sondern sind auf längerfristige Strukturen, die auf Beziehung und Vertrauen aufbauen, angewiesen. Integration ist eine langjährige Aufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft: Bildung, Arbeitsförderung, Wohnen, Unterbringung, soziale Situation, Kultur und Sport. Sie kann nur gelingen, wenn alle Bereiche der Stadtgesellschaft zusammenarbeiten, wenn wesentlich mehr Mittel und Ressourcen als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Soziokulturelle Zentren können mit ihrem Know-how und mit ihrem hohen Vernetzungsgrad im Nahraum Stadtteil-Stadt eine wichtige Mittler- oder Koordinierungsfunktion übernehmen. Dazu bedarf es aber einer mittel- bis langfristig ausreichenden Förderung und Unterstützung.

Kurzfristige Projektförderung ist aus unserer Sicht wenig geeignet, um die Situation von Geflüchteten und Migranten zu verbessern.

Thema „Projekte, Projektförderung, Kurzfristigkeit“: Den Dschungel von vielen Förderungen hatten wir auch schon mal angesprochen. Ein bisschen mehr Verzahnung, ein bisschen mehr Zusammenhang. Manche Dinge brauchen etwas länger; und viele Projektförderungen, die es jetzt gibt, sollten ein bisschen klarer, verstetigt und verzahnt werden. Dann hat man auch Chancen, erfolgreich mit der Integration zu arbeiten. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Bode, für Ihren Beitrag, aber auch für den Hinweis, bei den Fluchtursachen noch ein Stück genauer hinzuschauen. – Ich bitte jetzt Frau Professor Dr. Susanne Keuchel für die Akademie Remscheid um ihren Beitrag.

Prof. Dr. Susanne Keuchel (Akademie Remscheid): Ich möchte Sie zunächst auch herzlich begrüßen. Ich freue mich über diese Einladung. Vorab möchte ich wie meine Vorredner auch nochmal festhalten, dass es sehr begrüßenswert ist, dass ein umfassender Integrationsplan für NRW erstellt worden ist, um das alles in einem Gesamtpaket zu betrachten.

In meiner Stellungnahme möchte ich vor allem als Direktorin der Akademie Remscheid für kulturelle Bildung auf Kunst, Kultur, aber auch kulturelle Bildung und medienpädagogische Fragestellungen eingehen.

Die konsequente Einbeziehung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung ist aus unserer Erfahrung extrem wichtig für das Zusammenwachsen und den Zusammenhalt einer zunehmend diversen Gesellschaft. Ich selbst habe eine bundesweite Erhebung, das InterKulturBarometer, durchgeführt, wo sehr deutlich wurde, dass vor allem Fragen zur Kultur, Kulturgeschichte, aber auch kulturelle Identitätsfragen hier eine sehr wichtige Rolle spielen.

Entsprechend ist bei uns in der Akademie das Thema „Diversität“ seit mehreren Jahren ein wichtiger Schwerpunkt. Seit zweieinhalb Jahren sind wir beispielsweise an der Konzeption einer diversitätsbewussten kulturellen Bildungsbildung beschäftigt. Ich betone das, weil es sehr wichtig ist, nicht nur kulturelle Bildungsprojekte zu fördern, sondern eben auch hier die Multiplikatoren, die diese Projekte durchführen, entsprechend zu qualifizieren.

Es wurde vorausgehend gesagt, dass es schon sehr gute Arbeit gibt. Es sitzen hier auch Akteure am Tisch, von denen ich weiß, dass sie schon sehr spannende Projekte durchgeführt haben.

Uns erreichen aber in der Breite von den Multiplikatoren sehr viele Hilferufe, Fragestellungen und Unterstützungsbedarf, wie man solche Projekte auch gut anlegen kann. Und man kann in der Praxis immer wieder feststellen, dass es auch gut gemeinte Projekte gibt, die dann aber unbewusst doch zu Stereotypisierungen führen und eben nicht langfristig den Zusammenhalt in diesem Sinne fördern. Beispielsweise wird auch mit Akteuren in theaterpädagogischen Projekten gearbeitet, die nicht entsprechend dafür sensibilisiert sind, dass es hier zum Teil um Menschen mit schweren Traumata geht, wo es gegebenenfalls wünschenswert wäre, ressortübergreifend auch mit dem Handlungsfeld Gesundheit zu kooperieren.

Ich möchte einen Kontext im Bereich der Medienpädagogik ansprechen. Es ist, wie im Integrationsplan angekündigt, sehr gut und wichtig, virtuelle gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Ich möchte jedoch einen wichtigen Impuls in diesen Kontext eingeben, und zwar das Thema „Medienschutz“.

Viele Menschen, die zu uns geflüchtet sind, kommen aus Ländern, in denen Medienfreiheit in der Form, wie wir sie kennen, nicht gegeben ist. Inhalte, insbesondere freizügige, werden dort zum Teil reglementiert. Und wenn dann Geflüchtete, insbesondere junge Geflüchtete, Zugang zu unseren Medien erhalten, ist es auch wichtig, das entsprechend medienpädagogisch – auch im Sinne des Medienschutzes – zu begleiten, die besondere Medienbiografie der jungen Geflüchteten in den Blick zu nehmen und diese auch mit den Grundprinzipien der Medienfreiheit, wie wir sie hier im Lande haben, vertraut zu machen.

Ich möchte ganz kurz auch auf das 5. Handlungsfeld „Starke Zivilgesellschaft – konsequent gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingehen. Das ist in meinen Augen nicht nur ein Handlungsfeld, sondern eine Querschnittsaufgabe. Wenn wir über interkulturelle Angebote insbesondere in der kulturellen Bildung nachdenken, sollten

wir nicht nur die Flüchtlinge, sondern immer auch die Menschen in unserer Gesellschaft im Fokus haben, die keine internationalen Erfahrungen machen konnten, den Umgang mit anderen Kulturen nicht kennen, da ihnen dies über das Elternhaus oder berufliche Kontexte eben nicht vermittelt und ermöglicht wurde. Wenn wir hier einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken wollen, ist es sehr wichtig, auch immer gezielte kulturelle Bildungsangebote für diese Gruppe zu entwickeln – im besten Falle Gemeinschaftsprojekte, bei denen man den Umgang mit Perspektivwechseln stärkt.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass wir hier vor einer sehr großen Pionierarbeit stehen. In der Vergangenheit hat man Erfahrungen mit Migration gemacht. Wir haben aber auch festgestellt, dass in der Vergangenheit oftmals sehr spät erst die Erkenntnis, Einwanderungsland zu sein, gekommen ist und entsprechende Maßnahmen ergriffen wurden.

Insofern ist es sehr wichtig, im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung langfristige Perspektiven in den Blick zu nehmen und zukunftsorientiert Werte und anstehende Aktivitäten auszuhandeln. Das ist eine gute Investition für diese große Herausforderung.

Daher würde ich sehr stark empfehlen, parallel zu den Maßnahmen im Integrationsplan kontinuierlich Plattformen zu schaffen, wo wir im Sinne einer gemeinsamen neuen kulturellen Identität neben einer Wertebestandsaufnahme, die wichtig ist, auch Experimentierraum schaffen, alte Praktiken infrage zu stellen, neu zu verhandeln und gemeinsam kreative Wege zu entwickeln. Und hierzu bedarf es auch Investitionen in Ressourcen, nämlich Raum und Zeit.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Professor Keuchel, für Ihren Beitrag, für Ihre Stellungnahme. – Wir kommen damit zur Fragerunde der Abgeordneten zu den kultur- und kunstpolitischen Fragenstellungen. – Herr Kollege Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Erst einmal vielen Dank, liebe Sachverständige, für die umfangreiche Stellungnahme für die Piratenfraktion. Ich bin heute in der Stellvertreterfunktion hier, weil unser Vortänzer in diesem Kreis auf der -"Re:publica" ist.

Herr Bode und Herr Dr. von Zahn, Sie haben ausreichend ausgeführt, was es alles gibt. Einen Punkt hätte ich aber gerne von Ihnen hervorgehoben: Gibt es bereits Projekte, die sich jenseits des Themenkomplexes „Flucht – Reise – Ankunft“ mit den Flüchtlingen beschäftigen und die vielleicht auch ein Zeichen für eine ein Stück weit gelungene oder in Angriff genommene Integration?

Dann hätte ich eine Frage an Herrn Pilzer, nochmal an Herrn Dr. von Zahn und Herrn Bode. Die Frage bezieht sich auf Menschen mit einer nicht der Majorität entsprechenden sexuellen Orientierung, sodass man davon ausgehen kann, dass sie in vielen Herkunftsländern diskriminiert werden. Gibt es in Ihren Arbeitsfeldern eine Sensibilisierung für diese Art von Flüchtlingen? Gibt es spezifische kulturelle Angebote oder psychologische, individuelle Angebote, die bereits existieren oder möglicherweise in Planung sind?

Darüber hinaus auch wieder an Sie beide: Gibt es Projekte oder Erfahrungen, die die gelungene anlaufende kulturelle und kreativwirtschaftliche Einbindung von Geflüchteten bestätigen? – Das wär's fürs Erste. Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. Dass auf der „Re:publica“ getanzt wird, war mir neu, aber das könnte ein weiterer Anreiz sein, vielleicht beim nächsten Mal teilzunehmen. – Herr Kollege Prof. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Auch von uns aus sehr herzlichen Dank für Ihr Kommen und für die Unterlagen. Es ist ein extrem wichtiges Thema eigentlich nicht erst seit heute, sondern schon seit Langem. Ich darf vielleicht mal darauf hinweisen, dass wir, glaube ich, vor genau zehn Jahren einen Titel „Interkulturelle Arbeit“ im Kulturerat verankert haben, der bis heute existiert; mit diesen Mitteln sind eine Menge Projekte gemacht worden. Insofern muss man das Rad nicht komplett neu erfinden.

Aber es ist tatsächlich jetzt eine völlig neue Situation eingetreten. Herr Pilzer, wir haben ja schon bei dem Frühstück der Bibliotheken einige Aspekte erörtert und haben erfahren, wie wichtig gerade die Bibliotheken sind.

Meine Frage, die ich an alle auch hier gerne nochmal richten möchte, ist: Wie ist das mit Vernetzungen von Kultureinrichtungen? – Der Vorteil dieses Integrationsplans ist seine Aussage, dass hier sehr unterschiedliche Bereiche ineinandergreifen und man nicht anfangen darf, die so separat zu sehen, als mache da jeder nur sein eigenes Ding. Es muss ja zusammenpassen.

Da insbesondere die Frage: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen, die in vielen Orten eine wichtige kulturelle Aufgabe übernehmen und zum Beispiel auch die Sprachausbildungen anbieten? Die Sprachkurse liegen ja sehr nahe bei Ihren Angeboten; sie sollten sich ergänzen

Herr Dr. von Zahn, an Sie die Frage nach der Bedeutung der Musik. Sie haben auf die Bedeutung des Singens hingewiesen. Ich finde das wunderbar, wenn die Chöre sich so aufstellen. Wie sieht es aber mit Spielmannszügen, mit Musikkapellen, mit Blaskapellen, mit Bands, mit Orchestern aus: Gibt es da auch eine Offensive zur Aufnahme von Musikern, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind? Denn durch nichts kann Integration so gut machen, als wenn man gemeinsam musiziert und im gemeinsamen Musizieren dann auch Widerstände überwindet. Ich muss gar nicht Barenboim mit seinem Orchester der Nationen anführen.

Wir erinnern uns ja sehr gerne an Ihre Studien, Frau Keuchel, Ihre große Studie InterKulturBarometer. Sie haben dazu ja wirklich sehr, sehr viel gearbeitet. Dass die kulturelle Bildung zentral ist, haben wir mehrfach gehört. Ich glaube, das werden wir alle unterstreichen.

Wie aber ist das mit einer Systematisierung dieser Dinge? Das Ganze läuft im Moment in einer sehr großen Freiwilligkeit ab. Das ist auch wahrscheinlich richtig, das soll auch wohl so sein. Aber die Frage ist: Wie kann man da eine Verbindlichkeit von Anbieterseite her reinbringen, dass das Ganze nicht so nach dem Motto läuft: Kann man machen, kann man auch lassen, kann man vier Wochen tun, dann mal wieder nicht mehr?

Wie kriegen wir eine Systematisierung in diese kulturelle Integration, die sowohl auf der Anbieterseite eine dauerhafte und überprüfbare Verpflichtung herstellt – zumindest bei offiziellen Einrichtungen; das kann man bei ehrenamtlichen nicht machen – als auf der anderen Seite zumindest die Frage zulässt, wie es da mit so einer gewissen Verbindlichkeit etwa beim Spracherwerb aussieht? Als Rückmeldungen in Sachen Spracherwerb höre ich, dass es wunderbare Ergebnisse und wunderbar laufende Kurse gibt, aber es gibt natürlich auch – das war auch zu erwarten – die Situation, dass man nach der zweiten oder dritten Übungsrunde die Flinte ins Korn wirft, weil es zu schwer ist oder weil es zu mühsam ist. Wie kann man da zu Systematisierungen kommen, oder braucht man die nicht?

Ingola Schmitz (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch vonseiten der FDP-Fraktion zunächst unser herzliches Dankeschön an die Experten für Ihre mündlichen und Ihre schriftlichen Stellungnahmen.

Herr Pilzer, Sie sagen, dass Ihre Angebote sehr gerne angenommen werden. Von daher mahnen Sie in Ihrer Stellungnahme bereits mehr Personal und Unterstützung an. Nun hat die Landesregierung aber auch in diesem Kulturhaushalt wieder Kürzungen vorgenommen. Sie sagen nun, Sie setzen gezielt auf kurzfristige und dauerhafte Fördermittel für NRW-Bibliotheken. Könnten Sie diese Differenzierung zum einen noch einmal etwas erläutern und uns zum anderen eine Einschätzung geben, um wieviel Prozent der Förderetat für Bibliotheken nach Ihrer Auffassung aufgestockt werden müsste?

Einige weitere Fragen richten sich an den Kulturrat NRW. In der Stellungnahme des Kulturrates NRW wird auf die Notwendigkeit einer Ermöglichung der kulturellen Artikulation für alle Menschen hingewiesen. Wie könnte dieses Konzept im Antrag konkret ausgefüllt werden, und könnten Sie diesen Punkt etwas erläutern?

Meine nächste Frage richtete sich eigentlich an den Deutschen Kulturrat, aber ich denke, die kann ich auch Ihnen stellen. Sie heben in Ihrer Stellungnahme die Bedeutung des ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements hervor, das selbstverständlich nicht die Staatsaufgaben ersetzen soll, sondern sie ergänzt. Sehen Sie Möglichkeiten, kurzfristig Anreize für eine noch weitere Stärkung dieses bereits vielfältig vorhandenen Engagements zu schaffen oder auch dieses Engagement stärker wertzuschätzen?

Weiterhin schätzen Sie, dass die Kulturhaushalte ungefähr um 5 % erhöht werden müssten, um die vor uns liegenden Herausforderungen nachhaltig zu meistern. Das ist für die Politik immer sehr gut, wenn konkrete Zahlen genannt werden. Wenn wir uns aber anschauen, dass die Kulturförderung des Landes NRW im Vergleich zum Beginn der Legislaturperiode immer noch deutlich im Minus liegt, stellt sich natürlich erstens die Frage der Umsetzbarkeit und zweitens der Differenzierung. Haben Sie demnach auch einmal in Erwägung gezogen, eine zum Beispiel nach Ländern differenzierte Kostenkalkulation vorzunehmen, die die bisherigen Kürzungen im Kulturhaushalt wie in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün berücksichtigt?

Frau Professor Dr. Keuchel, Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass die Multiplikatoren auch qualifiziert werden müssen, um auch hier Nachhaltigkeit und auch nachhaltige Projekte installieren zu können. Wer soll nach Ihrer Meinung die Multiplikatoren qualifizieren? Welche Plattform haben Sie sich da vorgestellt? – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Dr. Seidl gemeldet.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, auch vonseiten der Grünen-Fraktion, für Ihre Stellungnahmen, aber auch nochmal ganz besonders für das Engagement der Kulturakteure, Verbände und Einrichtungen, wie Sie es eben hier dargestellt haben.

Herr Dr. von Zahn, das haben Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme hervorgehoben und auch gerade – auch für das Musikleben – nochmal ganz ausdrücklich gesagt, dass kein anderes Bundesland eine dichtere Verortung von Projekten für Flüchtlinge aufweist und noch nicht einmal alle Aktivitäten aus NRW registriert sind. Und es ist auch klar, dass gerade diese künstlerischen, oft nonverbalen Mittel eine zusätzliche Brücke der Verständigung darstellen. Für diese Vorleistung möchten wir uns nochmal ganz herzlich und ganz ausdrücklich bedanken.

Nun zu dem, was Sie heute nochmal aufgezeigt haben, wie nämlich aus Ihrer Sicht eine nachhaltige Perspektive als Fortsetzung dieser guten Aktivitäten für die Integrationsarbeit entwickelt werden kann, nämlich hin zu einer Daueraufgabe. Wie sehen Sie die Weiterentwicklung der Strukturen? Was halten Sie da für notwendig? Welche Programme, die schon bestehen, sollten ausgebaut werden? Die LAG Soziokultur hat ja schriftlich einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, ihn gerade allerdings nicht erwähnt. Es wäre nett, wenn die anderen Akteure diese Frage auch beantworten würden.

Also: Die Soziokulturellen Zentren haben die Durchführung einer Studie beantragt, um Soziokulturelle Zentren in NRW als Integrationsagenturen für Migranten und Flüchtlinge in die Kultur- und Kreativwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen einzubinden. Welche Impulse erwarten Sie aus dieser Studie?

Und: In welchen Bereichen müssten die Mitarbeiter in den Einrichtungen weitergebildet und qualifiziert werden?

Die letzte Frage geht an den Verband der Bibliotheken: Herr Pilzer, wie hoch ist der Anteil der Flüchtlinge an den Nutzern der Bibliotheken ist und wie viele Menschen sind in den vergangenen Monaten zu Ihnen in diese offenen Räume gekommen? – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Ich hatte eben, als Frau Schmitz sich gemeldet hat, vergessen mitzuteilen, dass sich Herr Olaf Zimmermann als Vertreter des Deutschen Kulturrats aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen musste. – Herr Bialas, Sie haben das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Ich habe im Grunde genommen drei Fragen. Anderthalb davon hat mir Kollege Sternberg schon weggenommen, was damit zusammenhängt, dass wir uns über die Thematik ...

(Zurufe)

... bereits ausgetauscht haben und auch in anderen Zusammenhängen darüber sprechen.

Meine eine Frage ist in der Tat auch die nach der Vernetzung, das heißt, inwieweit man gerade bei diesem Themenkomplex – was aber eigentlich nicht nur für diesen Themenkomplex, sondern für viele andere auch gilt – das reine Spartendenken ein Stück weit überwinden kann. Könnte man nicht immer voranstellen: Was sind die Ziele? Wie lässt sich das unter Einbeziehung der verschiedenen Sparten unter welchem Dach zusammenbringen? Wie könnte so etwas aussehen? Und natürlich auch: Welcher Aufwand wäre dafür in den Bereichen Finanzen und Ausbildung notwendig und welche Rahmenbedingungen und Ähnliches wären erforderlich?

Die zweite Frage geht in die gleiche Richtung. Auch die Präsidentin des Chorverbandes hat es als in der Tat wichtige Sache bezeichnet, über diese Bereiche ganz tief in die bürgerliche Gesellschaft hineinzukommen. Denn die Frage für uns lautet immer: Wo sind denn die Plattformen des gemeinsamen Machens, des gemeinsamen Erlebens dieses Kontaktes? Auf welche Erfahrungswerte treffen Sie insofern? Wir reden in diesem Zusammenhang von Kapellen, Chören, Spielmannszügen usw., eigentlich darüber, wo man natürlich eine ästhetische Qualität hat, aber im Grunde genommen eben nicht Barenboim, sondern doch noch etwas anderes.

Was werden wir und müssen wir entsprechend finanzieren? Müssen wir wieder Geld für einen ästhetischen Mehrwert des Angebots geben oder kann man nicht schlicht und ergreifend sagen, wenn Integrationsaufgaben seitens von Kulturplayern entsprechend angeboten werden, dann bekommen sie auch Unterstützung – egal, was sie dann daraus machen, ob sie nach drei-, vier-, fünfmonatigem Zusammenarbeiten ein wunderbares Konzert auf dem Marktplatz geben oder entscheiden, das Geld in neue Winterreifen für den Tourenbus zu stecken? Inwieweit müssen wir in den Förderrichtlinien möglicherweise schlicht und ergreifend entsprechend flexibler werden?

Frau Professor Dr. Keuchel, Sie sprachen von Orten des Aushandelns von Werten. – Häufig erleben wir, dass fünf Politiker zusammen in irgendeiner Talkrunde sitzen und sich eine Stunde lang – im Grunde genommen eine Diskussion ohne viel Nährwert – darüber unterhalten, ob man in Deutschland Kopftuchverbot hat oder nicht. Ich frage mich, ob das letztendlich immer eine Grundlage des Aushandelns von Werten ist.

Wo und wie können derartige Diskussionen, derartige Aushandlungen über unsere Werte stattfinden? Was können wir aus kultureller Sicht tun – einmal in der intellektuellen Auseinandersetzung, aber auch für das, was das Medium Kunst/Kultur auf ganz anderen Ebenen schaffen kann?

Ich darf Ihnen selbstverständlich für Ihre Ausführungen danken. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank auch für die jetzt eingesparten Fragen, die Herr Kollege Sternberg schon geäußert hat. Frau Kollegin van Dinther, die auch Präsidentin des Chorverbandes ist, hat sich noch gemeldet. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Frau Kollegin van Dinther bitte.

Regina van Dinther (CDU): Ich möchte als Kollegin Fragen stellen. – Ich glaube, wir müssen, wenn wir es nachhaltig organisieren wollen, dringend und in sinnvoller Weise die Kompetenzen derer, die zuwandern, nutzen müssen. Die Aufnehmenden vor Ort sammeln sehr schnell Erfahrungen, wer sich eignet, wer kompetent ist, wer vielleicht auch noch fließend Englisch spricht; jemand braucht gar nicht perfekt Deutsch zu können, kann mit Englisch aber trotzdem als Vermittler zwischen den Kulturen schnellstens eingesetzt werden.

Ich lerne immer, dass es sehr schwer ist, wenn nur die deutschen Aktiven auf Gruppen zugehen müssen – manchmal finden sie diese Gruppen auch gar nicht so auf Anhieb –, sondern es ist schöner, wenn man unter den Zugewanderten Vermittler findet, und die findet man in jedem Ort. Man sieht sofort, wo die Macher sind, wo auch die zugewanderten Macher sind. Unter diesen Machern entdeckt man ja vielleicht auch den einen oder anderen Musiker. Diese Menschen möglichst schnell zu binden und möglichst schnell vertraut zu machen mit unseren Kulturaktiven ist eine Aufgabe, die wir wirklich vor Ort lösen müssen, weil dann alles viel schneller und viel besser geht: Man redet dann nicht, sondern man kann ziemlich schnell zum Machen kommen.

Wir sind jetzt in der entscheidenden Phase, in der es heißt, nicht wieder zu warten, bis sich schon alles etabliert hat, sondern die Zugewanderten auszustatten mit Aufgaben und ihnen die Wertschätzung ihres Könnens zu zeigen. Es gehört mit dazu, ihnen zu sagen: Wir merken, ihr könnt was, und bitte helft uns doch und öffnet uns die Zugänge zu euren Communities, zu euren Landsleuten und macht Werbung. Das lerne ich bei den Chören.

Es reicht nicht, wenn man mal einen mit in den Chor nimmt, der fühlt sich da nicht wohl. Ich habe eine Flüchtlingsfamilie aufgenommen, und meine Mitbewohnerin geht jetzt mit Kopftuch mit mir in den Kirchenchor und singt jetzt Beethoven und Brahms. Das ist für sie gar kein Problem. Sie fühlt sich wohl, weil ich dabei bin. Würde sie alleine in eine fremde Gruppe kommen, würde sie kein zweites Mal dort hingehen.

Das heißt, wenn wir solche Angebote machen, müssen wir es schaffen, dass eine bestimmte Gruppe hinget, dass gleich fünf auf einmal in den Chor gehen. Ich könnte mir vorstellen, dass es Hunderte von Männerchören gibt, die total froh wären, wenn mal fünf Flüchtlinge kämen – Männerstimmen. Ganz bestimmt.

Die Frage ist: Wer organisiert das? Wer schafft die Zugänge? Wer vermittelt das so, dass die Geflüchteten sich auch wirklich wohlfühlen?

Dann ist das auch noch eine Sache des Geldes. Ich glaube, dass man genau diese Lotsen ein bisschen bezahlen muss. Sie brauchen nicht gleich ein Professorengehalt, aber sie müssen ein bisschen davon haben, dass sie diese Arbeit tun.

Und ich glaube auch, dass wir bei der Antragstellung die Hürden senken müssen. Unsere Chöre stellen keine Anträge auf Fördermittel. Diese Anträge werden von Experten

gestellt, die sich in diesem Bereich auskennen. Fast niemand von unseren Chören stellt jedoch Anträge auf 1.000 € oder so. Das ist denen viel zu kompliziert. Da ist der richtige Ansatz, ihnen, wenn etwas Gutes bei ihrem Engagement herauskommt, anschließend etwas zu geben. Dieses Niederschwellige und eben diese Vermittler müssen wir organisieren.

Haben die Akteure vielleicht schon Erfahrungen damit, dass man wirklich unter den Geflüchteten auch danach sucht, wer Musiker ist, wer ein Vermittler zwischen den Welten sein kann. Denn die gibt es ja ganz sicher.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Kollegin van Dinther. – Herr Kollege Professor Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Wenn Sie bei den Antworten vielleicht noch auf einen Bereich eingehen würden, den wir nicht mit eingeladen haben, der mir aber für die Materie sehr, sehr wichtig erscheint, und zwar den Bereich der Museen, und zwar nicht nur Kunstmuseen, sondern auch Geschichtsmuseen, Technikmuseen und Ähnliches. Wie weit haben die Museen eine Möglichkeit, besonders zur Integration beizutragen?

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank. – Herr Kollege Bialas, ich wollte Sie ohnehin fragen, ob das auch Ihre Frage gewesen wäre.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde zu den kunst- und kulturpolitischen Aspekten und wir gehen in der gleichen Reihenfolge vor wie eben. Herr Pilzer, Sie haben das Wort.

Harald Pilzer (vbnw – Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. –, Direktor der Stadtbibliothek Bielefeld): Herr Paul, Sie hatten die Frage gestellt nach Menschen mit bestimmter sexueller Orientierung – wenn ich das so sagen darf. – Wir tun uns da etwas schwer, weil wir die Menschen nicht gerne fragen. Wir können darüber insofern auch keine Auskünfte geben.

In den Bibliotheken gibt es allerdings eine neue Tendenz, nämlich eine unserer Kolleginnen oder einen unserer Kollegen als sogenannten Diversity Librarian zu definieren, die oder der sich vor allen Dingen mit diesen speziellen Benutzergruppen beschäftigen soll. Aber das setzt natürlich auch immer voraus, dass diese Benutzergruppen sich als solche zu erkennen geben. Das ist bei vielen dieser Fragestellungen eine etwas schwierige Sache – und wir wollen natürlich nun bei der Anmeldung ..., nein, ich lass das mal lieber.

In unseren medialen Angeboten geht es natürlich auch um diese Thematik. Wir haben beispielsweise auch für Schulklassen Medienboxen zusammengestellt zum Thema des Sexualkundeunterrichts, zur Sexualerziehung. Diese Themen sind schon vorhanden oder werden bearbeitet.

Zu Ihrer Frage hinsichtlich der psychologischen Angebote und Betreuung: Nein, so etwas können wir natürlich nicht leisten. Da können wir vielleicht Hilfestellungen geben oder vielleicht den einen oder anderen verweisen, aber das würde doch unsere Leistungsfähigkeit weit überschreiten. Da sollte schon gelten: Schuster bleib bei deinen Leisten!

Herr Professor Sternberg, Sie hatten nach der Vernetzung der Kultureinrichtungen gefragt. – Das ist sicherlich immer ein großes Thema, über das wir uns ja auch schon ausgetauscht haben. Da besteht sicherlich eine relativ starke Versäulung. Wir haben mit den Volkshochschulen, die sicherlich im Bereich der Spracherziehung oder auch des Spracherwerbs sehr intensiv tätig sind, lockere Kontakte – die wiederum auch insofern nur lockere Kontakte sind, weil sich die Volkshochschulen häufig eben darauf kaprizieren, junge Erwachsene zu schulen und junge Erwachsene mit Kursen zu versehen, während die Ansprüche in den Bibliotheken oftmals auch übergreifend sind und die Angebote keinen verpflichtenden Charakter haben.

Wir betreiben sicherlich eine Unterstützung dahin gehend, dass wir beispielsweise für bestimmte Angebote, wie sie in Bielefeld stattfinden, also Sprachgruppentherapie in Deutsch, in den Volkshochschulen werben und auch die Volkshochschule dafür wirbt. Es gibt in dem Sinne durchaus eine friedliche Koexistenz dieser Einrichtungen.

Ich setze bei vielen dieser Dinge auf den großen Integrator Schule. Sehr intensiv arbeiten wir zusammen mit Willkommensklassen – ich weiß das aus den verschiedensten Bibliotheken –, wir arbeiten sehr intensiv zusammen mit Familienzentren, die sich auch um Kinder aus Immigrantenfamilien kümmern. Das sind unsere primären Partner in diesem Bereich, und ich halte das Zusammenwirken mit den Willkommensklassen für eine sehr gute Arbeit. Das ist etwas, worauf man unbedingt setzen muss.

Ich würde mit Ihnen zusammen beklagen, dass die Ansätze zu dem großen Thema „Wie sieht es aus mit einer Systematisierung der Arbeit in diesen Bereichen?“ in den Kommunen oftmals eher etwas schmal – wenn ich das so sagen darf, ohne jetzt hier jemandem einen Tottun zu wollen – ausfallen.

Hinsichtlich der Museen: Es gibt in Bielefeld im Historischen Museum gerade eine Ausstellung zum Islam, in der unter anderem auch ein Stück der Gewandung der Kaaba gezeigt wird, mit anderen Worten: Das ist sicher ein aktiver Beitrag zu einem interkulturellen Verständnis. Denn wir haben im Moment ja die große Diskussion darüber, ob denn der Islam zu uns gehört oder nicht.

Frau Schmitz, Sie hatten gefragt nach den pekuniären Auswirkungen. – Vor einiger Zeit haben wir mal darüber diskutiert, ob die Bibliotheksförderung auf rund 10 Millionen € erhöht werden sollte. Ich halte das nach wie vor für eine relativ angemessene Summe.

Und unsere Forderung betreffend das Personal wären tatsächlich eher kurzfristige Hilfen. Ich will jetzt nicht das Land Nordrhein-Westfalen flächendeckend in die Pflicht nehmen, für ungefähr 300 hauptamtlich geführte Bibliotheken jeweils eine feste Stelle zu schaffen. Wir wollen in den Bereichen zwar – das ist unser Ziel – die Arbeit mit den Migrantinnen und Migranten in eine dauerhafte Integrationsarbeit überführen und wollen sie nicht in diesem Projektstatus belassen. Wir wollen von dieser entsprechenden

Arbeit bekanntlich das Etikett „Sonderprogramm“ entfernen. Aber für die nächsten ein, zwei Jahre wäre es sehr gut, wenn wir die Möglichkeit hätten, Projektstellen zu beantragen. Ich kann das im Moment schlecht quantifizieren. Vermutlich kostet eine Stelle dieser Art ungefähr 50.000 €. Wenn Sie 50 Stellen einrechnen, sind wir bei 2,5 Millionen € für ein Jahr. Das sind, denke ich, die Größenordnungen.

Die Langfristigkeit würde ich vor allen Dingen – da überschneidet sich das mit anderen Themen – für die kommunalen Bibliotheken darin sehen, Lizenzen zu erwerben vor allen Dingen auch für unterschiedlichste Medien, auch gerade fremdsprachige Medien für Sprachkurse, für Angebote in fremden Sprachen wie beispielsweise so ein klassisches Angebot wie Library PressDisplay, das heißt 4.000 Zeitungen und Zeitschriften unterschiedlichster Herkunft. Das böte die Chance, ein Angebot nicht nur unbedingt in den Herkunftssprachen zu entwickeln, sondern darüber hinaus in den Sprachen, die von vielen Flüchtlingen gesprochen werden, nämlich Englisch oder Französisch. Englisch ist ja eigentlich die Lingua franca der Welt. Es geht also um Angebote in diesen Bereichen, die dann auch wiederum einen bestimmten Informationstransfer in die Herkunftsländer herstellen. – Das erwarte ich an dieser Stelle vor allen Dingen von der Bibliotheksförderung.

Nun zu Frau Dr. Seidl: Sie hatten gefragt nach der Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer. – Auch wieder etwas schwierig, weil wir solche Zahlen laut Datenschutzgesetz natürlich nicht erheben dürfen. Ich kann immer nur darauf verweisen, wie viele Personen beispielsweise zu uns gekommen sind, die, weil sie etwa Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, mit einem gebührenreduzierten oder einem völlig befreiten Leserausweis ausgestattet sind. Auch das ist auf Landesebene wiederum nur schwer nachzuvollziehen. Ich kann für eine Stadt wie Bielefeld – wir haben ungefähr 3.500 Menschen aufgenommen – nur schätzen, dass sich die Zahl derjenigen, die zu uns gekommen sind, im Bereich von mehreren hundert bewegt. Sie nutzen die Bibliothek dann in unterschiedlicher Intensität. Das kann bei den Familien bis hin zur Ausleihe von Medien gehen, das kann bei jungen Leuten aber einfach auch nur die Inanspruchnahme der Möglichkeit sein, das Internet zu benutzen, weil dies zu Anfang in den Heimen nicht vorgesehen war, was sich in einzelnen Heimen in der Zwischenzeit aber auch verändert hat.

Frau van Dinther, Sie hatten gefragt nach den Vermittlern zwischen den Welten. – In vielen Bibliotheken gibt es Vorlesenachmittage in den Herkunftssprachen. Das sind dann Menschen, die aus diesen Communities stammen und sich für solche Dinge bereitstellen oder schon längere Zeit bei uns leben und dann wiederum die Brücke zu denen herstellen, die jetzt neu hinzukommen. Diese Menschen sind für uns natürlich einfach unschätzbar wertvoll aufgrund der Beherrschung der Sprache. Ich glaube, es gibt in unserer ganzen Bibliotheks-Community keinen, der, wenn er nicht aus einem entsprechenden Land kommt, fließend Arabisch spricht und dann noch die Unterscheidung zwischen einem syrischen, einem maghrebischen und einem sonstigen Arabisch treffen könnte. Diese Menschen sind für uns sehr wichtig, und die versuchen wir natürlich auch in dem kommunalen Umfeld zu finden.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Pilzer. – Ich will, weil eben die Museen angesprochen worden sind, noch darauf hinweisen, dass wir Herrn Dr. Lippe-Weißenfeld von der Kunstsammlung NRW eingeladen hatten, der aber terminlich verhindert ist. Insofern wäre normalerweise der Aspekt hier mit zum Tragen gekommen. – Herr Dr. von Zahn, Sie haben das Wort.

Dr. Robert von Zahn (Landesmusikrat NRW): Herr Paul, die Projekte betreffend Flucht, Reise und Ankunft haben in der Tat dominiert – das habe ich vorhin ja schon gesagt. Es ist aber so, dass man jetzt merkt, dass andere Projekte in den Vordergrund treten, die stärker eine nachhaltige Wirkung beabsichtigen. Wie schon angedeutet, kann man diese Projekte feststellen, vor allen Dingen im Bereich derjenigen, die mit den sogenannten Integrationsklassen oder Einsteigerklassen arbeiten. Das ist ein Zugang zu den Jugendlichen unter den Flüchtlingen, der genutzt werden kann, um wirklich über den Ankunftsaspekt hinauszugehen und über lange Zeit Wirkung zu entfalten.

Was hierbei bisher ein Problem ist, ist die landesseitige Technik der jährlichen Förderung. Das Land hat im Prinzip die Instrumentarien geschaffen, um hier anders tätig werden zu können. Es bräuchte jetzt nicht den Landesintegrationsplan umzuschreiben. Das Handwerkszeug ist da, aber es wird im Moment nicht genutzt, und die bürgerschaftlichen Akteure haben Schwierigkeiten bei den Bewilligungsbehörden, Laufzeiten für Projekte, aber auch bestimmte Einzelheiten des finanziellen Engagements durchzusetzen, die es ermöglichen, dass man das auf einer viel stärkeren Fläche machen kann.

Herr Professor Dr. Sternberg, Ihre ist fast meine Lieblingsfrage. Man merkt: Sie kennen die Szene. Wir sind ja diejenigen, die mit dem Programm „Brückenklang“ durch das Land ziehen und versuchen, die tradierte Laienmusikkultur in all ihren Besetzungsformen mit den Einwandererkulturen zu verbinden. Wir behaupten, das geht vom Singen über das Spielen bis zur Bewegung usw. – Das geht natürlich nicht; Sie haben völlig recht.

Ein Chor ist nicht nur willig, sondern auch durchaus befähigt, sehr schnell auf Einwanderungskulturen zuzugehen. Ein Spielmannszug ist es nicht. Wir haben jetzt mit den entsprechenden Experimenten begonnen. Ich nenne nur ein Beispiel: Das Landesblasorchester des Volksmusikerbunds NRW – eine landesfinanzierte Erscheinung, ein Auswahlorchester von wunderbaren Blasmusikern quer aus ganz Nordrhein-Westfalen – macht im Sommer eine Arbeitsphase, eine sogenannte offene Arbeitsphase, in der Bläser aus allen Bereichen der Einwanderungskulturen willkommen sind – von irgendwelchen Zügen bis hin zur serbischen Brass Band, die sollen da mitmachen. Es werden auch Leute für eine spezielle Zielgruppenansprache engagiert. Und dann schaut man mal, was besetzungsmäßig passiert und was ästhetisch dabei herauskommt.

Ich will Ihnen nichts vormachen. Die im Moment von uns initiierten Projekte sind alles Reagenzglasprojekte. Wir sind sehr weit davon entfernt, mit Blick auf die Fläche wirklich sagen zu können: Wir bringen die Blasorchester und die Spielmannszüge mit den

Kulturen der Flüchtlinge und auch älteren Einwanderern zusammen. Das kommt irgendwann später. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht. Die Chöre sind weiter, die Chöre haben ein anderes Potenzial.

Und wenn ich Ihnen raten kann, wenn Sie diesen Plan irgendwann mit Mitteln hinterlegen wollen und auf irgendwelche Spektren des Kulturlebens setzen wollen, die wirklich in der Fläche Einwanderer, Flüchtlinge erreichen: Setzen sie vor allem auf die Volkalmusik. Das sind diejenigen, die am universellsten dort zu allem in der Lage und willig sind.

Frau Schmitz, Sie haben drei Fragen an Olaf Zimmermann gestellt. Rainer Bode ist so freundlich, mir gerade zuzuflüstern, die übernehme ich.

Ich greife mir eine und damit ein wichtiges Stichwort heraus, was auch schon Dr. Paul mit seiner Frage nach der sexuellen Orientierung und den individuellen Angeboten angesprochen hat. – Diese Möglichkeit zur kulturellen Artikulation, die immer so gerne beschworen wird, die so ein schönes Etikett ist, ist ja wirklich wichtig; sie findet sich nicht nur in der Stellungnahme des Deutschen Kulturrats, sie findet sich auch in der des Kulturrats NRW.

Es ist eine nachhaltige Geschichte. Es mag ja sein, dass das Projekt, was diese Möglichkeit zur kulturellen Artikulation gibt, nur am Anfang in der ersten Phase der Willkommenskultur wirklich stattgefunden hat. Aber die Tatsache, dass der Flüchtling, der hier angekommen ist, in dieser Gesellschaft die Möglichkeit zur kulturellen Artikulation gefunden hat, erzeugt eine nachhaltige Wirkung. Deswegen sind wir sehr für alle diese Arbeiten, die insofern geschehen und die noch verstärkt werden sollten.

Sie geschehen bereits. Das sind Formate, wie sie zum Beispiel von Manfred Grunenberg, Musikschule Bochum, vorgestellt worden sind: Bei der „Musikalischen Visitenkarte“ erzählt der einzelne Flüchtling, was ihm passiert ist, in einer musikalischen Form. Das wird als Video festgehalten.

Ähnliche Initiativen gibt es im Film- und Videosektor, wo Portraits entstehen, die Flüchtlinge von Flüchtlingen unter sachkundiger Anleitung machen, bei denen diese individuellen Probleme, aber eben auch Möglichkeiten ausgelebt werden können. Das ist wichtig. Das sind alle offenen Formate der Darstellenden Künste – Theater auf der Bühne, Tanz auf der Bühne –, aber genauso auch in der Musik, die auch ihre offenen Formen kennt, bei der in der offenen Form eines musikalischen Stücks, das durch ein Kollektiv, ein Orchester, einen Chor, eine Band dargestellt wird, innen ein ästhetischer Raum eröffnet wird, wo der Einzelne sich ausleben kann. Das ist eine musikalische Form, die wir im Musikleben mit Flüchtlingen sehr stark praktizieren. Im Theaterbereich geht das hin bis zu Revuen, die manchmal komisch angesehen werden, aber Revuen sind in dieser Form ein sehr erprobtes Mittel, wie man durch kulturelle Artikulation Einwanderung zum Teil dieser Gesellschaft machen kann. Man sollte nicht zu viel sprechen.

Frau Dr. Seidl, Sie haben gefragt, wie man die Strukturen stärken kann, damit sie nachhaltiger wirken können. – Auch hier komme ich wieder in den Bereich des nackten Förderinstrumentariums. Ich habe mit großem Neid gesehen, wie der Kommunalverband Ruhr jetzt seine Flüchtlingsprojekte ausschreiben konnte – mit allen möglichen

Dingen, die theoretisch LAG, wir und andere im Kulturbereich auch leisten könnten. Aber uns bleibt das Instrumentarium verwehrt. Wichtig sind Dinge wie Laufzeiten für die Projekte von zwei Jahren. Das haben die Ruhr-Leute sofort gemacht; auch die Anträge sind sofort darauf eingegangen. Dann erst sind Projektzeiträume möglich, die wirklich Nachhaltigkeit auch solide gewähren.

Ein ganz blödes materielles Problem: die erforderlichen Eigenmittel! Wir verlieren viele wichtige potenzielle Antragsteller, die bereit sind, mit Flüchtlingen zu arbeiten dadurch, dass im Bereich der Kommunen 20 % Eigenmittel notwendig sind. Der Kommunalverband Ruhr setzt die Quote bei 10 % fest, wir dürfen auch 10 %, meine Kollegin Annetta Schwiening von den Musikschulen, mit denen wir ständig zu tun haben, muss 20 % nehmen, weil das eine Auflage des Kulturministeriums ist. Richtig zu verstehen ist das alles nicht.

Wir sind eigentlich der Meinung: 0 % ist das Richtige. Wenn 10 %, dann sollten die 10 % durch ehrenamtliche Leistungen nach dem typischen Schlüssel 10 € pro Stunde erbracht werden können. Einzelpersonen müssen antragsberechtigt sein. Die Landeshaushaltsordnung lässt das zu. Im Ruhrgebiet wird es auch so gemacht. In ganz vielen Kulturbereichen ist es einfach nicht üblich. Da wird als eine Form mit Augenzumachen mal die GbR zugelassen – wenn eine Einzelperson eine zweite Person findet, dann ist das Ganze eine GbR. Warum bekennt man sich nicht dazu, dass eine Einzelperson erfolgreich mit Landesförderung ein Projekt mit Flüchtlingen durchführen kann?

Herr Bialas: Das war meine Lieblingsfrage. Müssen wir in einen ästhetischen Mehrwert investieren bei all diesen Formen, die sich da jetzt auf einmal abzeichnen, wo die seltsamsten Besetzungen mit anderen Besetzungen zusammenarbeiten? – Nein. Sie haben überhaupt keine Erfolgssicherheit. Vieles davon sortiert sich irgendwann von selbst. Wir sind jetzt dabei, serbische Brass Bands mit Spielmannszügen zusammenzubringen, und wir ahnen schon: Das wird eine Zeitlang gehen, aber es wird sich wieder sortieren. Die werden ihre eigenen kulturellen Gebiete und hoffentlich auch eine übergreifende Zielgruppe finden.

Wo Sie investieren können, das sind Qualifikationen in diesem Bereich. Das betrifft auch den von Frau van Dinther angesprochenen Punkt. Viele kommen ja mit Kompetenzen her, die wir nutzen könnten. Oft dürfen wir sie jedoch gar nicht nutzen, weil damit kein Testat verbunden ist. Sie haben keinen Nachweis der Qualifikation in der Hand, der von der öffentlichen Musikschule oder einem anderen Arbeitgeber anerkannt werden kann.

Seien Sie froh darüber, dass Sie – mit Landesmitteln – die Landesmusikakademie haben. Die Landesmusikakademie hat hinsichtlich der Baglama – der türkischen Lehrer, die diese Langhalslaute spielen und lehren können – pionierhaft vorgemacht, dass es möglich ist, eine Art Nachqualifikation über einen begrenzten Zeitraum durchzuführen. Anschließend haben die Leute ein Zeugnis in der Hand und können von Musikschulen und von anderen Einrichtungen engagiert werden. Und auf einmal haben wir ein Lehrwesen, was vorher in Hinterhöfen existierte, endlich in der öffentlichen Musikschule, wo es hingehört.

Durch die Masseneinwanderung von Flüchtlingen existiert eine große Zahl solcher verdeckter Kompetenzen, die nicht mit Testaten nachgewiesen werden können. Diese Menschen sollten wir aber als Lehrkräfte einsetzen können. Dazu brauchen wir die Möglichkeit der Nachqualifizierung, und in die muss man investieren, denn ein solches Projekt ist nie kostenneutral zu machen, schon gar nicht mit Flüchtlingen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. von Zahn. – Herr Bode.

Rainer Bode (LAG Soziokulturelle Zentren Nordrhein-Westfalen): Ich wollte gerne noch etwas sagen zu den Punkten „Ankommen“ und „Fluchtursachen“, was auch Herr Paul angesprochen hat. – Natürlich war das im letzten Jahr im Fokus. Heute geht es vor allen Dingen natürlich um das Ankommen im Alltag und das Ankommen im Normalbetrieb. Wir müssen es heute schaffen, die Menschen, die neu sind, in die bestehenden Angebote zu integrieren, sie zu interessieren und vielleicht auch zu den neuen Bedürfnissen neue Angebote schaffen.

Das hört sich theoretisch immer ganz einfach an, erfordert in der Praxis aber sehr viel Sensibilität und Feinstuerung. Wir merken das immer wieder, wenn wir tolle Angebote machen, bei denen wir auch wissen, dass es einen Bedarf dafür gibt, und dann scheitert das an ganz kleinen Sachen, etwa daran, dass in der Flüchtlingsunterkunft gerade Essenszeit ist. Da kann so ein Projekt schon mal ganz schnell schiefgehen. Deswegen ist eine dichte Anbindung und eine starke Vernetzung mit diesen Akteuren ziemlich wichtig, um diese Angebote zu schaffen.

Das Gleiche gilt für die Frage von Herrn Dr. Paul nach der sexuellen Orientierung. – Natürlich, es gibt ein Angebot. Es macht allerdings überhaupt keinen Sinn, speziell ein Angebot für Flüchtlinge zu machen. Es gibt diese Angebote zum Beispiel in den soziokulturellen Zentren seit Jahren als völlig selbstverständliche Veranstaltung. Bei uns im ZAK in Düsseldorf haben wir zum Beispiel einen „Frauenschoof“. Das ist ein besonderer Ort, an dem Männer nicht zugelassen sind, den es bei uns seit 30 Jahren gibt. Er entwickelt sich heute natürlich etwas anders, weil er auch ein spezieller Schutzraum für Frauen ist. Das wird angenommen: Da kommen Menschen mit Migrationshintergrund, da kommen Flüchtlinge hin, die solche Angebote sehr schnell entdecken, wenn sie jetzt für sie zugänglich sind. Insofern bieten die soziokulturellen Zentren einiges.

Vernetzung geht in ganz viele Richtungen, geht natürlich in den Bereich Profis und Ehrenamt. Wir arbeiten in Soziokulturellen Zentren sehr viel mit Ehrenamtlern. Die sind ein ganz normaler Bestandteil unserer Arbeit, und dort finden individuell, aber auch organisiert und gesteuert eine ganze Menge Prozesse statt. Sie erfordern aber auch eine professionelle Anleitung, also kein Ehrenamt ohne ein Hauptamt, was ein ganz wichtiger Punkt ist. Wir haben eine Stelle bei uns ganz bescheiden mit 13 Stunden die Woche umgewidmet. Dieser Mensch ist nur dafür zuständig, dieses Ehrenamt zu koordinieren. Wir erfahren ganz viel Bereitschaft aus dem Stadtteil, zu helfen. So standen wir vor der Situation, dass wir manchmal sehr viel mehr Helfer hatten als Flüchtlinge, denen in der Anfangsphase geholfen werden sollte, wo alles noch unklar ist: Wie lange

sind sie hier, wie lange bleiben sie? Das muss natürlich professionell gesteuert werden, da müssen mal Barrikaden abgeräumt werden, da müssen Sachen erleichtert werden – auch mal unbürokratisch. Und das machen zum Beispiel diese Leute, die sich professionell um dieses Ehrenamt kümmern.

Das andere, was wichtig ist, sind sogenannte Key Worker, die aus Communities kommen, die Zugänge zu bestimmten Communities eröffnen und wohin man Kontakte einfach weitervermitteln kann.

Ich glaube, dass die Soziokulturellen Zentren eine relativ gute Ausgangsbasis haben, weil sie in den Städten über viele Kooperationspartner verfügen, weil sie in die verschiedenen Richtungen breit vernetzt sind. Das ist ausbaubar.

Frau Dr. Seidl, Sie hatten nach dieser Studie gefragt. Es gibt eine Studie, in der es darum geht, welche Rolle Soziokulturelle Zentren für die Kreativitätswirtschaft für bestimmte Szenen in den Städten spielen. Ich glaube, es lohnt sich, das etwas auszuweiten, weil auch in dem Bereich der Lotsen, der Helfer, die diesen Integrationsprozess steuern, die Zentren eine ganze Menge leisten können. Es gibt immerhin 65 in Nordrhein-Westfalen, in kleinen Städten, in großen Städten, auch auf dem Land. Da ist eine Menge Basis vorhanden, die man nutzen kann.

Zur Frage von Herrn Bialas: „Ästhetischer Mehrwert“. – Ich glaube, da schlummert ein großer Schatz, aber es dauert noch eine ganze Weile, bis er wirklich gehoben werden kann. Es ist nicht so einfach und wir haben es uns auch oft einfacher vorgestellt, die Flüchtlinge mal eben in bestehende Angebote zu integrieren. Das macht Arbeit und das dauert auch eine Weile und diese Zeit muss man sich auch nehmen, um bestimmte ganz pragmatische Sachen – wir sind im Augenblick dabei, erstmal Instrumente zu organisieren, Kontakte zu vermitteln – umzusetzen.

Hier in Düsseldorf hat sich relativ schnell ein Projekt wie No Border Bands zusammengefunden, wo wir ganz am Anfang auch – bevor die große Flüchtlingswelle kam – mit Leuten zusammengearbeitet haben, die mittlerweile hier am 1. Mai auftreten, bundesweit touren. Da passiert etwas. Das ist noch nicht die ganz hohe Kultur, sondern ein selbstorganisiertes Projekt, wo Flüchtlinge selber etwas tun können und auch ein bisschen Herr ihrer eigenen Bedürfnisse sind.

Vorsitzender Karl Schultheis: Gibt es dazu noch eine Ergänzung? – Bitte schön.

Julia Dill (Kraftstation Remscheid): Ich bin eine Person, die viel in der Praxis arbeitet, viel mit Jugendlichen, weil wir ein Soziokulturelles Zentrum für Jugendliche sind. Ich möchte nur ergänzen: Wir waren auch schon vor diesem sogenannten Flüchtlingsstrom ausgelastet. Unser Zentrum ist gut besucht, war auch gut besucht von Migrantinnen, und ich weiß das von Kollegen, die hier sitzen, auch, und ich weiß das auch von den anderen Soziokulturellen Zentren, denen es ähnlich ging.

Der Appell an Sie ist, das zu bedenken, dass wir bereits ein Klientel hatten und wir Besucher in unseren Häusern gehabt haben. Wir waren flexibel, wir haben reagiert, wir haben Flüchtlinge in unsere Kulturarbeit mit einbezogen. Wenn diese Vielzahl an

Kleinprojekten an uns herangetragen wird und vor dem Hintergrund, dass die Menschen, die zu uns kommen, eine besondere Fürsorge brauchen, dann – das meine ich wirklich ernsthaft – brauchen wir auch Menschen, die hochqualifiziert sind. Und diese auch bezahlt werden. Das, finde ich, ist das A und O.

Wenn ich von der Kraftstation spreche – das gilt aber für alle anderen auch –. so bräuchten wir unbedingt eine weitere Stelle, um für unsere bisherige Klientel die erfolgreiche Kulturarbeit fortführen zu können. Wir bräuchten aber durchaus auch einen ausgebildeten Sozialpädagogen, am besten auch noch mit dem Schwerpunkt Kulturpädagogik, um auch gerade all diese Anforderungen, die Sie gestellt haben, erfüllen zu können. – Das wäre der Appell an Sie, bei den Anträgen wirklich darauf zu achten, dass einfach auch Personal – auch hochqualifiziertes – bezahlt werden kann, und das nicht auf der Basis von Honorarstunden.

Rainer Bode (LAG Soziokulturelle Zentren Nordrhein-Westfalen): Zu den Fragen von Frau Schmitz an Herrn Olaf Zimmermann. – Der Kulturrat NRW ist nicht Mitglied beim Deutschen Kulturrat. Deswegen gibt es manchmal auch unterschiedliche Meinungen. Wir schicken ja auch nicht täglich Pressemitteilungen raus. Auf diesem Feld sind wir nämlich ehrenamtlich organisiert. Von daher gibt es auch unterschiedliche Ansätze. Manchmal sind wir irritiert über Forderungen, die der Deutsche Kulturrat aufstellt. Aber umso besser ist die Vielfalt, die Pluralität gewährleistet.

Die Anforderungen, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken: Es gibt natürlich – Herr Dr. von Zahn hat das gesagt – Barrieren. Ich bitte deshalb, die mit Förderung oder sonstigen Strukturen zusammenhängenden Fragen ernst zu nehmen, weil ja die Menschen bürgerschaftlich engagiert werden sollen. Es gilt, die Förderstrukturen noch weiter zu vereinfachen. Der Kulturförderplan ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es könnte noch mehr passieren.

Nehmen wir nur das Stichwort „Selbstbewirtschaftung für bestimmte Institutionen“: Damit käme man vielleicht weg von dem Denken in einzelnen Jahren nach dem Motto: Im Dezember muss ich aber fertig werden. Die Notwendigkeit, in solchen Zeiträumen zu denken, reduziert das Interesse, in dem Bereich etwas zu machen. Es sollten also die Hürden und Schranken, die es für das bürgerschaftliche Engagement jetzt noch gibt, reduziert werden. Im Kulturförderplan wird ja auch davon gesprochen, bürokratische Regelungen zu minimieren. Da kann noch einiges mehr passieren, das ist vielleicht nochmal genauer zu eruieren.

Wir als Kulturrat haben immer eine Erhöhung des Kulturhaushalts gefordert – ob nun um 5 % oder eine vergleichbare Summe – die Ländervergleiche allerdings sind immer etwas schräg, weshalb ich die dort ermittelten Zahlen nicht heranziehen würde –, weil alles, was in dem Plan steht, mit Ressourcen unterfüttert werden muss, ob nun das Hauptamt, das Ehrenamt, ob es darum geht, räumliche Zugänge zu schaffen. Da kann einiges mehr passieren.

Zum Schluss noch zur Studie: Wir erhoffen uns von der Studie einen Blick auf die Details. Kulturwirtschaft und unsere Zentren haben sich in dem Rahmen immer bewegt, aber man kann in einer Studie vielleicht nochmal im Detail gucken:

Wie sind die Rahmenbedingungen – Stichwort Ausbildung, Stichwort Arbeitsmarkt in den Zentren? Aber das gilt für andere Kultureinrichtungen auch. Welche Hürden sind da? Welche Hürden sind bezogen auf Flüchtlinge da? Es geht auch um den Status, den die Flüchtlinge haben und damit verbunden die Frage: Wann können sie einsteigen?

Was passiert in den Einrichtungen selbst, welche Hürden existieren hier, Stichworte: Sprachlotsen, Sprachunterricht? Nach uns vorliegenden Rückmeldungen wird es im Verwaltungsbereich schwieriger, im Kulturbereich ist es wahrscheinlich einfacher. Unser Anspruch ist auch, in den Zentren auszubilden, alle Formen von Volontariat und mehr anzubieten, um damit in Zukunft im kulturwirtschaftlichen Bereich Stellen zu generieren, zu entwickeln, Betätigungsfelder zu bekommen und ferner schneller in die Normalität hereinzukommen, anstatt einen Sonderstatus aufzubauen.

In der Konsequenz soll also auch geschaut werden, wer welche Hürden und Barrikaden wann wie schnell ändern kann.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Rainer Bode, auch für die Beantwortung der Fragen, die an Herrn Olaf Zimmermann gerichtet waren. – Frau Professorin Keuchel, bitte schön.

Prof. Dr. Susanne Keuchel (Akademie Remscheid): Ich versuche, diese Aspekte, die gefragt worden sind, im Hinblick auf Wertediskurs, aber eben auch die Frage der Verstetigung, Systematisierung im Gesamtkontext aufzugreifen.

Ich will – bevor ich abstrakt werde – mit einem ganz einfachen Beispiel aus der Praxis anfangen, was für mich zeigt, wie man beispielsweise im ehrenamtlichen Bereich mit Fragestellungen umgehen kann.

Im Rahmen der Studien gucken wir auch immer auf Best Practice. Da meine Honorarprofessur in Niedersachsen ist, greife ich ein Beispiel aus Niedersachsen auf:

In einer kleinen Gemeinde, in Freren – wirklich im ländlichen Raum –, gibt es einen ehrenamtlichen Bürgerkulturverein. In dieses Dorf sind vor längerer Zeit Russlanddeutsche zugewandert. Da hat es keinen Kontakt gegeben. Und dann ist irgendwann aber dieser Kulturverein auf die Idee gekommen, Leute aus Russland einzuladen und sie einfach mal zu fragen: Wie war das denn, als ihr hierher gekommen seid? Das war so spannend, dass die Frerener in ihrem Heimatmuseum einen Ausstellungsraum der Biografie dieser Russlanddeutschen gewidmet haben, wo sie auch Objekte ausstellen und die Geschichte der Russlanddeutschen biografieren. Das war der Ausgangspunkt, an dem man miteinander in Kontakt gekommen ist.

Als Nächstes hat man einen internationalen Frerer Bürgerchor gegründet. Das Repertoire besteht aus Plattdeutsch, Russisch, Italienisch und Türkisch. Das ist ein wunderschönes Beispiel dafür, wie kulturelles Kapital bestmöglich genutzt worden ist. In diesem kleinen Dorf können diejenigen, die zugewandert sind, Plattdeutsch; gleichzeitig haben diejenigen, die dort leben, einen Kompetenzerwerb enormen Maßes erreicht. Das ist im positiven Sinne so ein bisschen das, was in die Richtung Ihrer Frage nach der Wertaushandlung geht.

In den Studien stellen wir gerade in Langzeitperspektiven – uns ist das häufig spontan nicht bewusst – immer wieder fest: Unsere Gesellschaft hat sich durch Migration sehr stark verändert. Hier sind viele Aspekte hinzugekommen, die wir heute als selbstverständlich erleben.

Ein ganz banales Beispiel auch aus unseren Studien: Ein älterer Herr, türkisch-stämmig, hat uns in einem Interview gesagt: Also, als ich hierhin gekommen bin, da gab es Kartoffeln und Möhren auf dem Markt. Und dann erzählt er, wie begeistert er davon ist, dass sich sein Essen verändert hat von türkisch zu international, zu deutsch; alles wird mit aufgegriffen. – Die Essenskultur in Deutschland ist sicherlich ein Beispiel dafür, wie sich sehr viel verändert hat.

Zu den Veränderungen zählt insbesondere auch die Marktplatzmentalität. Es war vor 50 Jahren nicht selbstverständlich, dass bis spät abends alle Menschen draußen noch vor den Cafés sitzen.

Es gibt viele einfache Anknüpfungspunkte, es gibt komplexe. Ich habe versucht, es vorhin aufzuzeigen. So ist der Wert der Medienfreiheit für uns eine selbstverständliche Perspektive. Jetzt aber kommen Menschen in unser Land, für die diese Perspektive nicht selbstverständlich ist. Und da muss man auch in irgendeiner Form reagieren, denn es ist nicht vorstellbar, dass man angesichts so unterschiedlicher Perspektiven positiv agieren kann, wenn man nicht ein Gespräch darüber kommt.

Und es gibt sicherlich Bereiche, die wir mittlerweile immer wieder kritisch bemerken, wo auch wir wiederum lernen können. Ich nenne nur das leidige Thema der Beschleunigung, des immer mehr zunehmenden Zeitaufwands, des Zwangs, alles schnell zu machen, und den sehr starken Wettbewerbscharakter bzw. die Individualisierung. Wir wissen, dass wir dies in unserem Gesellschaftskontext immer wieder kritisch reflektieren müssen. Das sind natürlich Themengebiete, bei denen es sich, wenn man kulturelles Kapital in das Land holt, anbietet, solche Dinge gemeinsam zu diskutieren. In diesem Sinne war im Prinzip dieser Wertediskurs verstanden.

In diesem Rahmen würde ich noch mal eine Brücke zu dem Thema „Qualifizierung“ bauen wollen. – Wenn wir bei uns in der Akademie experimentieren mit diesem diversitätsbewussten kulturellen Bildungsansatz ist das vor allem eine Handlungsfrage, die man versucht, zu entwickeln, damit man in der Lage ist, dieses positive Ressourcenbewusste aufzugreifen, und zwar sowohl bei sich selber zu sehen, was man in einen Prozess einbringen kann, aber auch den anderen entsprechend zu sehen.

Ich hatte eingangs versucht, es ein wenig kritisch zu beleuchten, wenn wir dem mit einem defizitorientierten Ansatz gegenüberstehen. Wenn der Ansatz nur darauf ausgerichtet ist, zu helfen, ist das keine Basis auf Augenhöhe. Das heißt, wenn wir die von mir geschilderte Haltung für uns erarbeiten können – das ist ein permanenter Prozess –, dann ist das eine sehr wichtige Grundlage auch für eine Verstetigung und Systematisierung.

Wenn wir das erreichen wollen, ist es sehr, dass wir die Erfahrungen, die wir jetzt in den Projekten sammeln, transformieren in die Wissenschaft, in die Aus- und Weiterbildung, um ein selbstverständliches System bis hin zu der Entwicklung von Leitbildern aufzubauen.

Letztes Jahr habe ich in einer Studie kulturelle Bildungsprojekte 500mal auf den Aspekt der Internationalität hin analysiert und dabei etwas Spannendes festgestellt: 2012 gab einen hohen Anteil an kulturellen Bildungsprojekten mit Internationalität; bis 2014 hat sich dieser Anteil verringert. Würden wir jetzt gucken, würde er wahrscheinlich wieder zunehmen. Das Jahr 2012 verbindet sich auch mit dem InterKulturBarometer – einem Ansatz, der ganz viele Dinge hervorgebracht hat.

Das heißt, wenn Politik etwas in den Fokus stellt, passiert etwas. Wichtig ist dann aber, dass wenn dieser Fokus durch einen neuen ergänzt wird, das, was passiert, in eine zweite Stufe geht. Das ist sehr wichtig im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Damit meine ich nicht nur die Akademie, sondern eben auch den Musikschullehrerbereich und alles, wo es selbstverständlich sein sollte, solche diversitätsbewussten kulturellen Bildungsansätze zu vertreten – das Beispiel mit der Baglama dokumentiert dies – und uns ständig zu reflektieren. Dann sind wir auf Augenhöhe und nehmen die Möglichkeiten auch wahr, die es gibt.

Ein kurzer Aspekt noch zum Thema „Spracherwerb“: Die Akademie experimentiert schon seit mehreren Jahren sehr stark im Kontext des freien Erzählens. Das freie Erzählen war bei uns in der Vergangenheit stark im Fokus, ist jetzt in unserem Kulturraum eigentlich relativ selten, wird aber in anderen Kulturräumen noch sehr stark gepflegt. Da zeigt sich – wir haben auch in Willkommensklassen experimentiert –, dass insbesondere das freie Erzählen, wobei man seine Aspekte mit einbringen kann, häufig in der dritten Person stattfindet: Ich brauche nicht von mir zu erzählen, sondern kann von einem Protagonisten sprechen. Ich kann aber auch Aspekte verarbeiten, die mich beschäftigen. Wir haben festgestellt, dass das natürlich eine sehr tolle Förderung darstellt, sich insgesamt einer Sprache zu widmen und sich insgesamt besser auszudrücken.

Es kam noch das Stichwort „Museum“. – Wir sind in der Akademie in einem europäischen und einem internationalen Netzwerk, was an die UNESCO angebunden ist. Und wenn ich mit internationalen Kollegen über kulturelle Bildung spreche, bezieht sich das eigentlich vor allem auf das kulturelle Erbe. Das heißt, da ist die Stärkung der kulturellen Identität über das kulturelle Erbe ein ganz wichtiger Aspekt. – Für uns ist das eher ein Nebeneinander. Wir stellen die alltägliche Lebenskultur – was sicherlich auch wichtig ist, denn auch dafür stehen wir ja – in den Fokus.

Neben der Beachtung des wichtigen Aspekts des kulturellen Erbes empfehle ich, wie an dem Beispiel des kleinen Dorfes Freren geschildert, Anpassungspunkte zu schaffen für Menschen, die hierhin kommen, denn auch für die ist es natürlich wichtig, sich mit ihren Wurzeln zu beschäftigen. Unsere Studien weisen aus, dass selbst die dritte Generation neugierig ist, bestimmte Kontexte verstehen will, auch wenn sie in diesem Land fest verankert.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Professorin Keuchel. – Wir kommen damit zum medienpolitischen Teil der Anhörung. Ich bitte zu entschuldigen und danke für Ihre bisherige Geduld denjenigen, die für die medienpolitischen Aspekte eingeladen worden sind. Da es einen weiteren Antrag in diesem Hause geben sollte, der für diesen Ausschuss bestimmt ist, werden wir in der Reihenfolge wechseln. Der Medienteil wird

dann als erster dran sein. – Ich rufe zunächst auf Herrn Dr. Gualtiero Zambonini, den Integrationsbeauftragten des Westdeutschen Rundfunks Köln. Von ihm gibt es eine schriftliche Stellungnahme mit der Drucksachen-Nr. 16/3842. – Bitte schön.

Dr. Gualtiero Zambonini (Integrationsbeauftragter des Westdeutschen Rundfunks Köln): Vielen Dank, Herr Schultheis, für die Einladung. Ich kann Ihnen versichern, dass ich sehr gerne meinen Vorrednern zugehört und versucht habe, für meinen Beitrag auch hier Inspiration herauszusaugen.

Was mir sehr gefällt, ist der Blick auf die Potenziale. Das erinnert mich an die Integrationsoffensive des Landtags NRW aus dem Jahre 2001/2003. Für mich stellt das – auch für den WDR – einen Paradigmenwechsel in der Betrachtung der Migrations- wie der Integrationsfrage dar – weg von dem defizitären Blick hin zur Ressource, zu den Potenzialen.

Was macht die Stärke unseres Bundeslandes aus? – Migration war in der Integrationsoffensive als ein dynamischer Faktor erfasst, wurde so verstanden, und das hat uns damals dazu inspiriert, auch eine Integrationsoffensive mit diesem Blick zu starten, weg vom Defizit und hin zum Potenzial. Funkhaus Europa ist in dieser Zeit entstanden, die Integrationsoffensive des WDR, Programmnormalität als Querschnittsaufgabe und und und. Ich erinnere mich an diese Zeit. Ich war damals Ansprechpartner von Herrn Lefringhausen, dem ersten Integrationsbeauftragten des Landes. Wir haben diesen Prozess damals mitgetragen.

Bei der jetzigen Diskussion sollte und könnte der Geist von damals ein Stück weit wiederbelebt werden. Aber wir befinden uns zurzeit in einer ziemlich schwierigen politischen Lage, Gemengelage. Im nächsten Jahr haben wir Landtagswahlen. Nach meiner Wahrnehmung steht vieles unter dem Druck der Diskussion, die von der AfD und anderen ausgeht. Das erzeugt natürlich ein bestimmtes gesellschaftspolitisches Klima – ob wir das nun wollen oder nicht, ob wir das nun gut finden oder nicht. Ich mag das nicht bewerten, sondern das ist als Feststellung, als Wahrnehmung eines Medienmenschen zu sehen. Das aber sind die Themen, mit denen wir uns tagtäglich auseinandersetzen.

Die Gefahr ist aus meiner Sicht, diesen Blickwinkel aus den Augen zu verlieren, diesen Spirit, die uns auch in NRW so stark machen oder so stark gemacht haben. Das heißt, nicht zu vergessen, dass diese Integrations- und Migrationsgeschichte für das Land NRW eine Erfolgsgeschichte ist und uns das nochmal bewusst zu machen. Das gehört zu einer Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integrationsoffensive, eine neue Integrationsoffensive mit ganz neuen Aufgaben.

Wir fangen nicht neu an, sondern wir haben vieles geschafft, und das war nicht nur ein mit Rosen bestreuter Weg. Solingen spricht für sich, Solingen hat eine tiefe Wunde gerissen, aus der ein neues Wirgefühl erwachsen ist. Wir haben auch in NRW gelernt, mit Konflikten produktiv umzugehen.

Wir bewegen uns in der nächsten Zeit mit diesem Thema in eine Konfliktgesellschaft hinein. Sie wissen, dass die Gesellschaft nicht gespalten ist – noch nicht, Gott sei Dank

–, aber man streitet darüber. Und diese Streitkultur ist für eine Kultur des Miteinanders auch ganz wichtig.

Deswegen denke ich, dass wir die Themen, die uns jetzt begegnen und begegnen werden, offen, öffentlich und auch professionell moderieren sollten. Da sehe ich die Aufgabe der Kultur und die Aufgabe der Medien, Plattformen dafür zu schaffen, damit diese Integrationsoffensive eine Kommunikationsoffensive auf Augenhöhe wird, wo wir über alles reden, und zwar nicht nur mit den Flüchtlingen, die sich hier orientieren wollen, sondern auch mit der Bürgergesellschaft. Ohne die mitzunehmen gelingt der Integrationsprozess nicht. Das heißt, die Integrationsoffensive/die Kommunikationsoffensive muss beides in den Blick nehmen: Die Bürgergesellschaft und die neue Zuwanderung müssen aus meiner Sicht beide in den Blick genommen werden.

In dieser Bürgergesellschaft – das darf man nicht vergessen – leben auch die Menschen, die früher zugewandert sind und schon in der dritten Generation hier wohnen. Die Bürgergesellschaft besteht nicht nur aus den Biodeutschen. NRW hat sich verändert. Das wissen Sie ja. Uns das bewusst zu machen und bewusst einzusetzen ist das, was uns in dem momentanen Prozess vielleicht optimistisch machen kann.

Wir haben in dieser Frage gute Erfahrungen gesammelt. Sie kennen vielleicht WDRforyou, die Plattform im Netz, auf der wir in vier Sprachen versuchen, die Flüchtlinge professionell journalistisch, publizistisch zu erreichen, und das mit einem gewissen Erfolg, unter anderem, weil wir ein Team mit der Deutsch-Iranerin Isabel Schayani, die Farsi kann – Farsi ist eine wichtige Sprache in der Kommunikation – gebildet haben. Wir haben Mitarbeiter, die die arabische Sprache beherrschen. Wir haben auch Englisch und Deutsch als Sprache dieser Plattform. Durch Facebook und durch die sozialen Medien kommen wir in die Communities hinein.

Nur ein Beispiel: Wir haben einen Beitrag in den Breitenprogrammen und über Facebook und WDRforyou über die Reform von Hartz IV in Arabisch gesendet und haben 400.000 Menschen erreicht.

Zu erwähnen ist auch die Livesendung mit dem BAMF, in der die Flüchtlinge direkt die BAMF-Mitarbeiter ansprechen konnten, übersetzt in Arabisch und Englisch. Damit haben wir auch fast 600.000 Menschen erreicht.

Das heißt, wenn wir professionelle Plattformen aufbauen mit Informationsinhalten mit einem hohen Servicecharakter und wenn wir versuchen, diese Inhalte über die Communities in die Breite zu setzen, dann erreichen wir die Menschen.

Interessant ist die Entwicklung – und da komme ich wieder auf das Eingangsthema –, dass sich jetzt WDRforyou als Redaktion weiterentwickelt im WDR-Fernsehen, und zwar mit der Redaktion Netzwerk Vielfalt – das ist eine Redaktion, die die Funktion hat, die Themen „Migration und Integration“ in die Mainstreamprogramme zu bringen. Wir versuchen also durch diese Vernetzung im Haus zwischen Angeboten für Flüchtlinge und Angeboten für die Mainstreamprogramme einen Transfer, Inhalte zu generieren, damit diese Plattform in dieser postmedialen Plattform vernetzt wird in Deutsch und in anderen verschiedenen Sprachen, da für uns das Ziel, die Breite des Publikums in diesem Prozess zu erreichen, entscheidend wichtig ist. Das möchte ich nochmal ganz stark betonen.

Wir brauchen eine Integrations- und Kommunikationsoffensive, die nicht nur über Medienplattformen läuft. Integration entsteht durch Kontakt, durch Austauschen, durch Worrytelling, dadurch, dass die Menschen sich treffen, etwas zusammen entwickeln, dass sich die Menschen im Miteinander spüren und fühlen. Auch Wertevermittlung geschieht durch die Gelegenheit des Zusammenkommens. Ich denke, dass die Kulturhäuser, die Medienhäuser dies nicht nur durch Mikroaktivitäten, sondern durch große Aktivitäten wie Konzerte, Feiern, Veranstaltungen auch in den großen Häusern in die Kommunen befördern sollten.

Ich möchte noch auf eine Initiative von uns hinweisen, die ganz spontan im WDR entstanden ist. Unsere Klangkörper haben sich auf die Suche gemacht nach syrischen Musikern, die in Europa gestrandet sind. Sie haben sich zusammengefunden und geben zusammen ein Konzert. Sie üben bereits seit September/Oktober für ein großes Konzert, das am 1. Dezember mit unseren Klangkörpern und syrischen Musikern stattfinden soll. Das Konzert findet, glaube ich, im großen Sendesaal oder in der Philharmonie statt.

Ich finde, wir müssen auch diese großen Spielstätten nutzen, um das große Publikum zu erreichen, um zu bewegen, um zu spüren und es auch emotional für diese Themen zu gewinnen. Übrigens wird diese Initiative auch vom Fernsehen dokumentiert. Aus dem Prozess, der Suche, der Übung und dem Spiels entsteht eine große Fernsehdocumentation. Das ist auch ein Stück Vernetzung zu diesem Thema, was ich sehr schön finde, weil es sehr kreativ und menschnah ist. Und man versucht, auch ein großes Publikum zu erreichen – zusammen mit den neu Zugewanderten. – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. Zambonini. – Als Nächsten bitte ich Tamer Ergün Yikici um seine Stellungnahme. Er vertritt die METROPOL GmbH & Co. KG Berlin. Sie haben das Wort, Herr Yikici.

Tamer Ergün Yikici (METROPOL FM GmbH & Co. KG): Vielen Dank. – Ich leite einen deutsch-türkischen Radiosender mit Sitz in Berlin. Wir haben in dem hier in Rede stehenden Bereich sehr viel Erfahrung sammeln können bei der türkischsprachigen Bevölkerung. Zusammen mit dem Landesmusikrat Berlin oder auch mit den Bibliotheken, mit den Museen in Berlin haben wir eine ganze Menge Projekte gemacht und festgestellt, dass – das gilt auch für die Flüchtlinge, die jetzt kommen, die ungefähr aus dem gleichen Kulturraum stammen – diese Einrichtungen ein bisschen anders gesehen werden als in Deutschland. In vielen syrischen Städten gab es keine Bibliothek. Auch Musik wurde dort anders wahrgenommen usw.

Es hat sich allerdings auch herausgestellt, dass für die Menschen im Rahmen dieser ganzen kulturellen Arbeiten die Bildung ihrer Kinder – also die Schule – einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Das ist nicht abstrakt abgeleitet, sondern wir haben die Projekte sehr konkret in Zusammenhang gebracht mit den schulischen Leistungen der Kinder, und das hat auch sehr gut funktioniert.

Wir haben auch mit der Berliner Philharmonie Projekte durchgeführt: Ich habe mich sehr viel mit dem Intendanten über das Programm gestritten. Ich habe gesagt, es muss

auf Augenhöhe sein, was wir dann auch geschafft haben. Es stand auch in vielen Tageszeitungen, dass fünfmal hintereinander 2.500 Menschen aus der türkischsprachigen Bevölkerung in der Philharmonie waren. Und das ging nur deswegen, weil wir das Programm gemeinsam entwickelt haben und die Augenhöhe ein ganz wichtiger Punkt ist, auf den man heute achten muss.

Ich würde aber gerne nochmal etwas zu den Medien sagen. – Das Wichtigste für alles, was wir machen, ist das, was meistens vergessen wird: der Dialog mit diesen Menschen. Es läuft ein bisschen nach dem Motto: Wir haben einen Verein und zwanzig Leute und machen ein Projekt daraus usw. Nach meinen Erfahrungen in den letzten zwanzig Jahren erreichen wir die Menschen so nicht wirklich. Ich habe viele Veranstaltungen besucht, und es sind immer dieselben Menschen, die kommen.

Wir brauchen unbedingt einen Ansatz, und dieser Ansatz kann nur sein, dass wir die Menschen wirklich in ihrer großen Mehrheit erreichen, einen Dialog starten mit diesen Menschen und versuchen, auch zu dem ganzen Themenspektrum einen Bedarf entstehen zu lassen, also einen Bedarf nach mehr Bildung, einen Bedarf nach Ausbildung, einen Bedarf nach kultureller Teilnahme usw. Dazu kann die Medienarbeit ganz gut beitragen. Das ist die Erkenntnis aus unserer Erfahrung.

Was ein bisschen anders ist: Wir machen unsere journalistische Tätigkeit anders als unsere Kollegen in den deutschen Medien. Wir achten zum Beispiel auf das Informationsniveau der Zielgruppe, auch ihr Sprachniveau – das heißt nicht unbedingt, dass es Türkisch sein muss, aber wir achten auf das Sprachniveau –, auf ihre kulturspezifische Besonderheit, darauf also, wie wir zum Beispiel die einzelnen Kulturprogramme für sie interessant machen und ihnen damit näher bringen können. Was auch ganz wichtig ist, ist, dass hierzu eine emotionale Verbindung hergestellt wird, denn meistens ist sie ja auch das leitende Element bei so etwas.

Wir haben ja auch mit den Flüchtlingen sehr viel zu tun. Sie wissen ja, 20 bis 30 % können Türkisch sprechen. Deswegen haben wir sie ganz stark in das Programm integriert und festgestellt, dass sie in erster Linie eigentlich das Thema Arbeit interessiert. Wir haben gefragt: Was wollen Sie wissen? Worüber wollt ihr informiert werden? Die Antwort war: Job, Arbeit. Sie wollen ganz viel Geld verdienen, was wahrscheinlich auch damit etwas zu tun hat, dass sie versprochen haben, in die Heimat Geld zu schicken oder ihre Familie nach Deutschland zu holen. Arbeit ist derzeit das Wichtigste, aber das wird sich ändern; davon gehe ich aus. Arbeit ist der Interessensschwerpunkt der Flüchtlinge.

Hinzu kommt die Langeweile. Sie langweilen sich zu Tode, weil sie nicht wissen, was sie mit der Zeit anfangen sollen. Deswegen nehmen sie auch an diesen ganzen Programmen meistens teil. Ich glaube aber, dass es sie nicht wirklich interessiert. Ich habe mit vielen Projektverantwortlichen in Berlin gesprochen, die das bestätigen.

Arbeit und Langeweile sind die wichtigsten Punkte.

Inwieweit man hier einen Wertedialog, der sehr, sehr wichtig ist, führen kann, da bin ich erst einmal ein bisschen skeptisch. Aber man sollte das auf jeden Fall tun. Nur sollte man berücksichtigen, dass wir Werte unterschiedlich wahrnehmen. Wir nehmen die Werte ja nicht nur religiös wahr, also christlich wahr, aber die schon. Da muss man

ein bisschen sensibel, ein bisschen vorsichtig sein, damit sie sich nicht versperren. Wenn über Werte gesprochen wird, muss man das ein wenig sensibel und vielleicht umfassend durchführen.

Aber ein Wertedialog ist essentiell. Das muss gemacht werden, weil diese Menschen sich ganz klar für Deutschland, für Europa entscheiden, aber nicht wissen, warum. Ich vereinfache das sehr stark: Sie können sogar mit der Freiheit in dieser Gesellschaft nicht umgehen.

Ein Beispiel für Sie: Noch nie hat einer in deren Umkreis den Islam kritisiert. So etwas kennen die gar nicht. Und jetzt kommt die deutsche Gesellschaft und kritisiert den Islam. Man muss erst einmal lernen, damit umzugehen. Das sind Punkte, auf die man vielleicht achten sollte.

Wir müssen uns auch bewusst sein, welche Herausforderungen uns erwarten, wir müssen sie erkennen und darauf aufbauend vielleicht auch eine Strategie starten.

Ich finde auch, dass wir die Flüchtlinge und ihre Fragen ernst nehmen müssen, denn andere werden sie oder haben sie schon ernst genommen. Stichwort: Islamophobie. Nicht nur die ISIS versucht, über die Medien dieses Thema jetzt an sich zu reißen, auch verschiedene Staaten – ich will jetzt keinen Namen nennen – springen jetzt auf dieses Thema auf. Es kann eben viel missverstanden werden, und Islamophobie kann zu einer Abspaltung von dieser oder, besser gesagt, zu einer Verneinung dieser Gesellschaft führen. Diese Tendenz beobachten wir teilweise auch bei Migranten, die länger hier sind. Wir nehmen das Thema sehr ernst und berichten sehr viel darüber.

Deswegen ist es von großer Bedeutung, dass wir die Meinungshoheit und Definitionshoheit innerhalb der Zielgruppe mittelfristig auch gewährleisten.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Yikici. – Als Nächste darf ich Frau Brocker für die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen um ihr Statement bitten.

Doris Brocker (Landesanstalt für Medien NRW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die freundliche Einladung bedanken.

Als ich die Unterlagen gelesen habe, konnte ich dem auch nur zustimmen, dass Medien natürlich ganz essentieller Bestandteil eines solchen Integrationsplans sein müssen.

Das Thema „Integration von Flüchtlingen“ spricht die LfM im Übrigen in ihren beiden Hauptbereichen an. Wir formulieren das immer etwas salopp: Fordern und Fördern. Die eine Seite ist, dass wir fordern können von den Medien, die wir beaufsichtigen, dass Flüchtlingsthemen, dass die Flüchtlingssituation Bestandteil der Berichterstattung auch der lokalen Medien, der regionalen Medien sein müssen.

Das Zweite ist natürlich: Wir können fördern, dass Flüchtlinge nicht nur Gegenstand oder die Flüchtlingssituation nicht nur Gegenstand der Berichterstattung ist, sondern dass auch eine aktive Teilhabe von Flüchtlingen stattfindet.

Was den ersten Aspekt angeht, gehen wir davon aus, dass die Flüchtlingssituation generell, aber auch im Einzelnen in den Programmen auch der lokalen Medien in Nordrhein-Westfalen gut aufgegriffen wird; das findet auch statt. Bei der letzten Verleihung des Hörfunkpreises konnten wir den lokalen Hörfunkstationen und dem Mantelprogrammanbieter einen Integrationspreis verleihen, das heißt, den Preis für Berichterstattung im Lokalfunk zum Thema „Flüchtlinge“. Der mediale Sonderpreis, der medienethische Sonderpreis, den die Katholische und die Evangelische Kirche gestiftet haben, entfiel ebenfalls auf einen Beitrag zu dieser Thematik.

Was den Punkt „Förderung der Teilhabe an Medien“ angeht, treffen Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen auf ein sehr gut ausgebautes Bürgermedienangebot, auf gut ausgebaute Strukturen. Daran kann man natürlich immer noch etwas verbessern, aber generell sind Strukturen da.

Das gilt zum einen für den Bürgerfunk im lokalen Hörfunk: Hier gibt es derzeit über Nordrhein-Westfalen verteilt rund 32 Serviceeinheiten, die Einzelnen aber auch Gruppen Hilfestellung leisten können. Es gibt zertifizierte Medientrainer, es gibt Projektmittel und Schulungsangebote.

Im Bereich des Fernsehens bestehen für Menschen in NRW, auch für Flüchtlinge, Möglichkeiten, Beiträge zu produzieren und bei dem Träger Lehrlehrensenders nrwision einzustellen. Auch hier gibt es entsprechende Beratungs- und Hilfestellungsangebote.

Ich gebe nun zu, dass alle diese Strukturen nur dann erfolgreich in der Flüchtlingsintegration sein können, wenn vor Ort genügend Ehrenamtler da sind, die sich des Themas auch annehmen. Das ist häufig das Problem. Sie treffen in der Medienarbeit auf dieselben gesellschaftlich relevanten Institutionen wie Sie das in anderen Bereichen tun, und dass die alle schon am Rande ihres Könnens sind, haben Sie ja gerade auch gehört.

Wir halten aber trotzdem diesen Ansatz, kein spezifisches, besonderes Angebot für Flüchtlingsintegration oder Flüchtlingsthemen zu machen, für das Richtige. Wir können immer darüber debattieren, wo wir mehr Mittel einsetzen können oder wo man Mittel unter Umständen ein bisschen verschwerpunkten kann. Aber wie sich in Berlin zuletzt auch gezeigt hat – die Berliner haben eine große Menge Fördergelder für den Aufbau eines Integrationsradios ausgelobt –, musste der Versuch letztlich eingestellt werden, weil sich halt keine wirtschaftlich tragfähige Basis bot, und Privatfunk braucht immer eine wirtschaftlich tragfähige Basis. Das muss man einfach sagen. Das gilt auch für den nichtkommerziellen Bereich, denn der Eigenanteil muss immer erbracht werden, eine Vollfinanzierung ist unserem System fremd.

Wir hatten ja mit METROPOL FM jemanden gefunden, dem die Medienkommission der LfM sehr gerne terrestrische Frequenzen zur Verfügung gestellt hätte; und sie gibt den Plan auch noch nicht auf, auch wenn das Gericht das ein bisschen anders sieht. Wir haben das nicht aus sozialromantischen Gründen oder weil das das einzige integrative Angebot war, getan, sondern weil es einen erheblichen Vielfaltsbeitrag bot und zum anderen ein wirtschaftlich sauberes Konzept vorgelegt hat und organisatorisch in der Lage war, diese Chancen auch zu nutzen.

Wir machen natürlich sehr viele Medienkompetenzprojekte, sehr viele medienpädagogische Projekte. Da schauen wir so nach und nach durch, ob die Hilfestellungen, die Projekte, die Informationen, die wir bereitstellen, auch in arabische Sprache übersetzt werden sollen. Da trifft natürlich nicht jedes unserer medienpädagogischen Beratungsangebote auf Bedarfe unter den Flüchtlingen. Aber zum Beispiel das Projekt klicksafe, das wir mit den Rheinland-Pfälzern zusammen im EU-Auftrag im Rahmen der Safer-Internet-Kampagne betreuen, hat, glaube ich, fast alle seine Materialien für Eltern, Schüler, Lehrer schon in arabischer Sprache eingestellt. Das ist auch ein Beitrag.

Lassen Sie mich noch schließen mit einer kleinen Anmerkung zum Thema „Freifunk“. Was die Vorteile dieser Bewegung angeht, wird Ihnen sicher Herr Berndroth viel überzeugter als ich schildern können, dass das die Lösung zur Integration ist. Aus der Sicht eines Regulierers hat das natürlich immer ein lachendes und weinendes Auge. Wir freuen uns für jeden, der die Angebote des Internets überall und auch möglichst anonym nutzen kann. Wir sehen aber auf der anderen Seite auch, dass sich der Schutz derjenigen, die sich im Internet verbreiten oder über die verbreitet wird, häufig nicht über den Inhalt, über die Heranziehung des Inhabers, realisieren lässt, sondern dass da halt auch die Providerhaftung ein wesentliches Standbein ist. – Ich danke für Ihr Interesse.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Brocker. Das war doch eine schöne Überleitung zum nächsten Beitrag für Herrn Philip Berndroth, der für den Freifunk Rheinland e.V. aus Mönchengladbach eingeladen ist. – Herr Berndroth, Sie haben das Wort.

Philip Berndroth (Freifunk Rheinland e. V. Mönchengladbach): Vielen Dank. – Vielen Dank auch nochmal für die Einladung. – Der Freifunk Rheinland e.V. ist der größte und interessanteste Freifunkverein hier in der Region bezüglich seiner Tätigkeiten. Wir verfolgen ausschließlich gemeinnützige Ziele, und natürlich hat uns seit etwa anderthalb Jahren die Arbeit mit Geflüchteten oder für Geflüchtete massiv beschäftigt, und sie beschäftigt uns weiterhin. Wir tun das, was wir können, um den Leuten Zugang zum Internet zu verschaffen und ihnen das digitale Glas Wasser zu reichen, wie wir so schön sagen.

Die Arbeit der vielen Freifunkcommunities zeichnet sich dadurch aus, dass sie unkompliziert, selbstlos und völlig ohne große Hürden vonstatten gegangen ist. Es wurden viele, viele Unterkünfte für Geflüchtete mit Freifunk versorgt, was die Basis zu dem ist, was viele meiner Vorredner hier auch schon ausgebreitet haben. Da geht es um den Zugang zu den Informationen, zu den medialen Angeboten und auch zu den kulturellen Dingen. Schon lange steht die Forderung im Raum, dass sowohl Kultur- als auch Mediengüter digitalisiert werden und so auch zugänglich gemacht werden können – sowohl in verschiedenen Sprachen als auch in Bild, Wort und mit Ton.

Was vorhin auch angesprochen worden ist, ist die unsägliche Langeweile, die viele der Leute umtreibt, die ihre Zeit in den Unterkünften verbringen und nicht wissen, wohin aus Langeweile. Da ist eben nichts wichtiger, als den Zugang zu Informationen und Inhalten zu schaffen.

Vielleicht als persönliche Anmerkung oder auch als Geschichte ein Einblick in das, was wir erleben, was unsere ehrenamtlichen Aktiven erleben in den Unterkünften, in den Flüchtlingsunterkünften, in den Landeseinrichtungen, auch in den kommunalen Einrichtungen: Die Freude und gleichzeitig die Reaktion, die emotionale Reaktion hat viele von uns überwältigt und auch über einen längeren Zeitraum beschäftigt, was es nämlich für die Geflüchteten bedeutet, erstmalig den Zugang zum Internet zu haben und somit überhaupt die Möglichkeit, kommunizieren zu können, eine Nachricht in die Heimat zu verschicken, anzurufen per Videotelefonie, um mitzuteilen, dass man ein sicheres Land erreicht hat, sich dort aufhalten kann und in einer Unterkunft angekommen ist. Die Freude, die uns von den Menschen darüber entgegenschlägt, überhaupt Zugang zum Internet zu bekommen, ist unbeschreiblich, und es ist für uns natürlich eine Bestätigung in der Tätigkeit, der wir da nachgehen.

Zum einen ist in unserer Stellungnahme beschrieben, was wir tun, zum anderen sind ein paar Forderungen oder Maßnahmen dargestellt, die uns eben helfen würden, diese Arbeit fortzuführen, also den Flüchtlingen zu ermöglichen, weiter Zugang zum Internet zu haben, die medialen Angebote zu nutzen, die es gibt. Ich fand es toll, dass auch nochmal angeklungen ist, was in den Bibliotheken angeboten wird: Zugang zum Internet.

Für uns ist es wichtig, sowohl Zugang zu Gebäuden, zu Landesgebäuden als auch zu kommunalen Gebäuden und Einrichtungen, zu haben, um diese mit Antennen und Equipment auszustatten. Insofern existieren bereits rege Kooperationen mit vielen Kommunen. Die kommunale Arbeit läuft in der Regel sehr gut, wenngleich es aber auch dort Vorbehalte gibt. Dazu erhoffen wir uns, dass die geforderte Aufklärungsarbeit seitens der Landesregierung weiter vorangetrieben wird.

Zum Schluss möchte ich natürlich nochmal auf die Themen „Telemediengesetz“ und auch die drohende Vorratsdatenspeicherung hinweisen, die unsere Arbeit natürlich massiv beeinflussen würde. Es gilt, zu beachten, dass das eine mögliche Behinderung unserer Arbeit bedeuten würde und auch der Zugang dann nicht mehr frei zur Verfügung stehen könnte.

Meine Vorrednerin hat angeschlossen sowohl an das Thema „Störerhaftung“ als auch an das Thema „Mediengesetz“. Wir sind da ein bisschen anderer Auffassung. Wir sind der Auffassung, dass eben die Regulierung seitens der Kontenanbieter stattfinden muss und nicht der Zugangsanbieter. Darüber lässt sich streiten, was ich hier jetzt gar nicht tun will. Ich möchte Ihnen allen nur zu bedenken geben, was diese Einschränkung am Ende bedeuten kann.

Dazu ist auch zu sagen, dass nicht nur die Flüchtlinge in den Unterkünften unsere Infrastruktur nutzen, sondern auch die Hilfsorganisationen. Ich persönlich war teilweise über deren technische Ausstattung erschrocken. Die haben UMTS-Sticks an ihren Notebooks, bei denen nach der Hälfte des Monats das Datenvolumen verbraucht ist. Sie erfreuen sich an unserer Infrastruktur, die wir da auf freiwilliger Basis zur Verfügung stellen. Denn es gibt zwar teilweise in den Landeseinrichtungen feste Infrastrukturen, aber in den kommunalen Einrichtungen und in den Notunterkünften gibt es gar keine Infrastruktur. Wir bauen sie da aufwändig über Richtfunkstrecken etc. bauen. Das war schon sehr beeindruckend, das zu erleben.

Ich habe viele dieser Installationen begleitet und gesehen – bei uns in Essen gibt es eine ganze Reihe solcher Unterkünfte, die wir versorgt haben – und hoffe, dass vielleicht der eine oder andere – vielleicht auch die Bibliotheken – ein solches Angebot aufbauen will. Wir stehen insoweit gerne für eine Kooperation zur Verfügung, wenn gleich wir das ehrenamtlich machen und von daher nur im Rahmen unseren Möglichkeiten helfen können. Es ist uns auch ein Anliegen – das steht auch so in unserer Stellungnahme –, dass wir eben nur eine Alternative oder vielleicht eine Unterstützung sein können, dass da doch vielleicht die kommerziellen oder auch die öffentlichen Einrichtungen gefragt sind, mehr unterstützend tätig zu werden, um den Flüchtlingen Zugang zum Internet und zu den Informationen zu schaffen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Berndroth, für Ihren Beitrag. Die schriftliche Stellungnahme hat die Drucksachen-Nr. 16/3839. – Fragen an die Anzuhörenden? – Herr Kollege Prof. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herzlichen Dank für diese Runde und für diesen Bereich. – Was gibt es an Defiziten, was brauchen wir, wenn wir die Integrationsfrage systematisch und grundsätzlicher angehen?

Herr Zambonini, wir haben jetzt neue Sprachgruppen oder besondere Sprachgruppen in unserem Land – nicht nur Arabisch bei den Syrern, sondern wir haben Irakisch, wir haben die afghanische Sprache usw. Wie ist das mit diesen Sprachgruppen? Wird das im WDR abgefangen durch die Neukonzeption von Funkhaus Europa mit den Mehrfachsprachen nebeneinander zwischen 06:00 und 08:00 Uhr? Ist das eine Methode, das aufzugreifen, oder ist das besonders im Blick?

Eine andere Frage an Herrn Yikici und den WDR: Wie ist das gerade bei Angeboten in türkischer Sprache? Ist es jetzt angesichts einer zunehmend totalitären und auch pressefeindlichen Atmosphäre in der Türkei notwendig, regierungsunabhängige Angebote, Informationen in türkischer Sprache zu senden? Gibt es da eine besondere Aufmerksamkeit, die ein neues Thema sein muss angesichts einer veränderten politischen Lage in der Türkei?

Schließlich an Frau Brocker die Frage: Werden Medieninformationen auch in den Flüchtlingsunterkünften oder später in den späteren Wohnorten der Flüchtlinge gebraucht? Also: Was gibt es wo? Wo finde ich was? Oder spricht sich so etwas von selber rum, macht die Landesanstalt für Medien da etwas, um grundsätzlich Medieninformationen zu geben?

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich glaube, durch die Schilderung von Herrn Berndroth ist sehr deutlich geworden, wie wichtig Freifunk ist. Ohne Freifunk kein Zugang zum Netz, ohne Freifunk kein Zugang zu WDRforyou zum Beispiel, was ja ausschließlich übers Netz geht – was ich ehrlich gesagt gar nicht kannte, gerade gesehen habe und sich auch an die neu Angekommenen richtet. Das heißt, die brauchen unbedingt den Netzzugang.

Frage zum Programm: Der WDR hat Sendezeiten für fremdsprachliches Programm, fremdsprachliche Inhalte bei WDR 5 gekürzt, Cosmo TV gibt es auch nicht mehr. Inwieweit ist dies kontraproduktiv gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag im integrativen Sinn? Dass Sie ein neues Programm im Netz für die neu Angekommenen machen, das ist sehr gut und wichtig. Ich selber habe aber zum Beispiel Cosmo TV immer sehr gerne geguckt. Für mich als jemand ohne Migrationshintergrund war das eine Brücke. Das ist jetzt halt verschwunden. Frau Brocker und Herr Zambonini, wie beurteilen Sie es, dass dieses Programm fehlt?

Herrn Berndroth bitte ich, zu konkretisieren, was Ihnen denn noch fehlt. Sie haben gesagt und geschrieben, von den Kommunen hätten Sie große Unterstützung. Was fehlt Ihnen denn konkret noch vom Land, was kann das Land tun und muss es tun, was hat das Land möglicherweise zugesagt?. Wir hatten hier ja auch schon einige Diskussionen und Bereitschaftserklärungen, den Freifunk zu unterstützen.

Und eine letzte Frage an Sie: Welche Dienste oder Anwendungen könnten denn zusätzlich oder als Erweiterung zum Beispiel für die Flüchtlings-App bereitgestellt werden, um die kulturelle Arbeit mit Geflüchteten online zu erweitern oder zu verbessern?

Ernst-Wilhelm Rahe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch an die Expertinnen und Experten für Ihre Beiträge zu dem Medienteil unseres Antrages. Vielleicht ist der heutige Tag der Pressefreiheit ein guter Anlass.

Frau Dr. Keuchel hat vorhin gesagt, die Grundprinzipien der Medienfreiheit kennenzulernen, sei eine der zentralen Aufgaben, die in dieser ganzen Integrationsarbeit zu leisten ist. Da wäre es für mich jedenfalls ganz gut, wenn wir nochmal ein paar Hintergründe dazu hören könnten?

Von Herrn Berndroth weiß ich aus der Stellungnahme, dass Sie – zumindest was die technische Zuwendung in den Flüchtlingsunterkünften angeht – ehrenamtlich wertvolle Hilfe leisten. Vielleicht könnten Sie dazu noch einiges sagen.

Frau Brocker, Sie haben gesagt, die Materialien für die Internetarbeit – klicksafe etc. – würden auch mehrsprachig publiziert. Wie aber sehen die Grundprinzipien der Medienwelt in Deutschland aus als Bildungsthema in den Flüchtlingsunterkünften? Ich glaube, darüber müsste man nochmal konkret nachdenken.

An Herrn Yikici und die LfM: Es ist vorhin kurz angedeutet worden von Frau Brocker, dass wir leider im Augenblick in Nordrhein-Westfalen noch eine Situation haben, wo das Verwaltungsgericht noch nicht entschieden hat, inwieweit die Entscheidung der Landesmedienkommission, Ihnen eine Lizenz zu geben, umgesetzt werden kann.

Sie, Herr Yikici, haben sehr gut dargestellt, mit wieviel Sensibilität und mit wieviel sprachlichem Verständnis sie operieren. Dabei geht es nicht nur um das reine semantische Sprachverständnis, sondern auch ein Gefühl dafür, auf welchem Sprachniveau sich diejenigen befinden, die man erreichen muss. Für mich war neu, dass 20 bis 30 % der Flüchtlinge offensichtlich die türkische Sprache sprechen. Inwieweit erreichen Sie mit Ihrem Programm via Internet bisher die Flüchtlingsunterkünfte? Haben Sie irgendwelche Informationen darüber, inwieweit sich Ihre Angebote via Internet auch in Nordrhein-Westfalen – ohne dass Sie eine terrestrische Lizenz haben – verbreiten?

Gefreut hat mich natürlich sehr, dass Frau Brocker nochmal ausdrücklich auf die Bürgermedien hingewiesen hat. Wir haben ja mit einer vor einiger Zeit beschlossenen Gesetzesnovelle einen ausdrücklichen Schwerpunkt darauf gelegt, dass in den Bürgermedien, insbesondere im Bürgerfunk, im Lokalfunk, Deutsch sozusagen die verpflichtende Sprache ist. Wäre das ein Punkt, über den man mit Blick auf die Bürgermedien nochmal nachdenken sollte?

Dann hat mir sehr gut gefallen, dass Herr Dr. von Zahn nochmal über die kulturellen Möglichkeiten gesprochen hat, mit Videos in Projekten mit Flüchtlingen zu arbeiten. Das läuft wohl schon. Ist Ihnen bekannt, dass nrwision vielleicht auch eine Verbreitungsplattform wäre, womit man das Programm von nrwision auch etwas aufwerten könnte. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Kollege Rahe. – Frau Kollegin Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich habe noch einmal eine ganz grundsätzliche Frage auch politischer Art. Sie haben, Herr Dr. Zambonini, von der Erfolgsgeschichte der Integrationspolitik in NRW gesprochen, die auch schon eine längere Tradition hat, und von dem Spirit, den man nicht aus den Augen verlieren darf. Sie haben von Kommunikationsplattformen gesprochen, um die Menschen mitzunehmen, um auch ein großes Publikum zu erreichen, was man braucht.

Wenn man sich jetzt anguckt, dass wir auf der anderen Seite die verschiedenen Talkshows haben – auch bei Privatsendern –, die auch ziemlich viele Menschen ansprechen und die vielleicht auch die Gegner der Einwanderung möglicherweise stärken, ist für mich die Frage: Glauben Sie – die Frage geht an alle –, dass Sie es mit Ihrem Einflussbereich schaffen können? Das ist jetzt eine sehr grundsätzliche Frage, aber für mich ist das schwierig einzuschätzen. Kann das kippen, weil auch in der Mitte unserer Bevölkerung jetzt mehr Platz greift, was die Medien ausstrahlen, dass die Medien damit auch die AfD stärker machen? Können Sie da ein adäquates Gegengewicht schaffen?

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, sodass wir mit der Antwortrunde beginnen können. – Herr Dr. Zambonini, Sie haben das erste Wort.

Dr. Gualtiero Zambonini (Integrationsbeauftragter des WDR, Köln): Vielleicht fange ich bei Ihnen an, Frau Seidl, weil Sie die Gretchenfrage stellen, die uns in der Gesellschaft, in den Medien beschäftigt, nämlich: Wie gehen wir mit den Gegnern der Integration um, die nicht nur Gegner der Integration sind, sondern möglicherweise auch Gegner unserer demokratischen Verfassung und Grundordnung.

Wir gehen wir als freie Presse damit um? – Wir leben ja mit einer freien Presse. Heute ist der Tag, auf den Sie sich berufen. – Das Funktionsprinzip der freien Presse ist nicht die Ausgrenzung, sondern die Einordnung der Meinungen. Wenn sich Meinungen wie

die der AfD in der Bevölkerung breitmachen, müssen wir sie aufgreifen. Das ist auch meine Haltung als Journalist und als Medienmacher. Diesen Streit müssen wir aushalten, aber wir müssen ihn professionell führen: mit Kenntnissen, mit Sensibilität und mit journalistischem Können.

Ich weiß nicht, ob Sie das Interview in der „Deutschen Welle“ von britischen Journalisten mit Frau Petry gesehen haben, bemerkt haben, was für eine Stringenz in diesem Interview war, konfrontativ aber respektvoll und sehr, sehr professionell. Das sind für mich Vorbilder. Das ist das, was die Presse letztlich auch machen kann, um das Publikum in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung zu bilden und auch zu erkennen, wo die Tücken der Gegner sind. Das ist aber ein schwieriges Unterfangen. Und ich teile mit Ihnen die Meinung, die Beobachtung, dass in den Talkshows des Guten viel zu viel ist und in der letzten Zeit viel zu wenig die Breite des Meinungsspektrums in der Zuwanderungsgesellschaft zu Wort kommt.

Ich bin ständig im Gespräch mit Frau Maischberger und mit Herrn Plasberg. Das sind die Führer, die Talkmaster der Öffentlich-Rechtlichen, und ihnen ist auch sehr bewusst, dass es hier eine Gratwanderung gibt, wo sie beides berücksichtigen müssen, was Sie einfordern. Das Bewusstsein ist also da. Manchmal gelingt die Umsetzung sehr gut, sie machen sehr gute Sendungen.

Das bedarf einer ständigen Auseinandersetzung mit der Aufgabe der freien Presse, mit der Distanz, die man zu bestimmten Mainstreamtendenzen als Haltung, als journalistische Haltung entwickeln muss. Ich denke, dass wir uns im öffentlich-rechtlichen WDR insbesondere dessen sehr bewusst sind. Es werden natürlich auch immer wieder Fehler gemacht, weil es schwierig ist.

In dieser Spannung sehe ich auch eine Aufgabe, dieses Spektrum der Diskussion mit gegensätzlichen Meinungen in die Gesellschaft zu tragen, ganz professionell, ganz offen, weil ich denke, dass ein Miteinander – ich habe es vorhin gesagt – auch eine Streitkultur braucht. Aber die muss professionell moderiert werden, nicht als ein Versuch. Eine Kommunikationsoffensive über das Fernsehen und über den Hörfunk hinaus ist für mich eine Aufgabe.

Ich komme dann zu den Fragen, die Sie gestellt haben in Bezug auf den Sprachenkanon und „Cosmo TV“: Wie können wir am besten die Zielgruppen erreichen? Das ist auch eine wichtige Aufgabe, die wir haben, die neu Zugewanderten mit Informationen zu erreichen. WDRforyou sendet täglich in vier Sprachen, in Deutsch, Englisch, Arabisch und Farsi. In Afghanistan gibt es eine andere Bezeichnung für Farsi. Farsi ist die Sprache, die auch die Afghanen zum Beispiel gut verstehen, Arabisch ist die Lingua franca der Zugewanderten aus dem nordafrikanischen Raum. Die Klickzahlen zeigen uns, dass wir wirklich in der Breite sehr viele Flüchtlinge erreichen – 400.000, 600.000. Wir erreichen sie über die Handys, über Facebook erreichen wir die Communities. Natürlich brauchen wir auch Netzwerke, um zu wissen, welche Communities sich wo tummeln. Das ist auch eine Arbeit, die wir machen, die WDRforyou macht, um in die Tiefe und in die Fläche zu gehen.

Funkhaus Europa hat in der Tat, wie Sie, Herr Professor Sternberg, vorhin anmerkten, den Sprachenkanon geändert. Die Fremdsprachen, die Muttersprache, wie sie auch

genannt werden, werden jetzt auf die Zeit nach 20:00 Uhr verlegt. Ich persönlich, wenn Sie mich als Integrationsbeauftragten fragen, fand diesen Zug nicht so glücklich – ich habe das auch Frau Weber gesagt –; nicht, weil ich denke, dass diese Sendungen um 17:00 oder um 18:00 Uhr, wo sie platziert waren, eine bessere Rolle gespielt hätte. Ich denke, dass der andere Zug von Frau Weber viel wichtiger ist, diese Programme in online zu produzieren und an das Angebot von WDRforyou anzudocken – inklusive der neuen Sendung in arabischer Sprache, die jetzt tagtäglich neu dazugekommen ist –, dass er der strategisch richtige Zug ist, weil wir dort die jungen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte oder Flüchtlingsgeschichte erreichen. Das ist ein bisschen untergegangen. Es gab die Diskussion darüber, dass wir etwas abschaffen.

Ganz im Gegenteil: Im Netz haben wir zugelegt und wir haben die richtig angedockt. Ich glaube, das ist der Königsweg für die künftige Versorgung. Deswegen kämpfe ich sehr dafür, auch im WDR, dass diese crossmediale Plattform wächst, für die wir wir auch Beiträge aus den Hauptprogrammen für die Flüchtlinge aufbereiten und umgekehrt. Diese crossmediale Plattform nimmt eine wichtige Brückenfunktion ein, um in beide Richtungen zu arbeiten. Das ist für mich die strategische Herausforderung.

Cosmo TV ist in der Tat abgeschafft worden, und ich bin auch gefragt worden: Was hältst du davon, Zambonini? Das war noch im Mai letzten Jahres. Ich habe gesagt: Erstens habe ich Cosmo TV vor zehn Jahren fast mit aus der Taufe gehoben. Wir haben aber im WDR eine Aufgabe, die Themen der Migration, der Integration in die Fläche zu bringen. Ich habe gesagt: Wichtig ist es, die Struktur der Redaktion von Cosmo TV zu behalten; und das ist geschehen. Das „Netz Vielfalt“ ist eine Struktur, und man muss gucken, dass sie feste Sendeplätze haben, feste Ansprechpartner in den Mainstreamprogrammen, um ihre Angebote zu machen.

Das heißt, es gibt eine Gesamtverpflichtung des WDR-Fernsehens, um mit dem Netzwerk Vielfalt“ diesen neuen Weg zu gehen. Wie bei allen neuen Wegen gibt es auch Hürden und Stolpersteine, aber das funktioniert. Und ich finde es strategisch richtig, jetzt durch die strategische Zusammenführung, die organisatorische Zusammenführung von WDRforyou und Netzwerk Vielfalt – ehemals Cosmo TV – diese Zielgruppen zu erreichen und Mainstream zu machen. Diese Mehrsprachigkeit und der Deutschsprachigkeit kann in einer crossmedialen Plattform geschehen, weil Sie immer abrufen können.

Das Problem von Funkhaus Europa – wie Sie vielleicht wissen: Ich war Leiter von Funkhaus Europa, ich habe das Programm vor 15 Jahren erfunden. Ich habe immer ein mehrsprachiges Radiobegleitangebot gemacht, weil das immer einen Stolperstein bei dem Radiofluss gebracht hat. Das war immer so ein Problem. Ich finde, jetzt mit dieser Netzausweitung, mit dieser Internetnutzung – vor allen Dingen bei den Jüngeren – sollten wir schauen, dass wir vielleicht aus diesem Dilemma herauskommen. – Danke schön.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Dr. Zambonini. – Herr Yikici.

Tamer Ergün Yikici (METROPOL FM GmbH & Co KG): Zum Internet eine kurze Information: Wir sind ja in den Sendegebieten, wo wir eine UKW-Frequenz haben –

wir lassen durch Infratest nach dem ZAP-Standard, also dem höchsten Standard, untersuchen, wieviel und wo wir gehört werden. Danach sind wir im Internet der meistgehörte Radiosender, aber nicht in Nordrhein-Westfalen. Von Nordrhein-Westfalen wissen wir, dass hier Kral FM – Sie können recherchieren, das ist ein Sender aus der Türkei, ein konservativer, regierungsnaher Sender – am meisten gehört wird.

Das ist ganz einfach und man muss nicht unbedingt Medienexperte sein, um Internetradio zu nutzen. Allein als Türke haben Sie 1.800 Radiosender, wenn sie rumzappen. Wenn Sie dann eine Musik hören, die Sie mögen, bleiben Sie dabei. Internetradio funktioniert nach meiner Meinung – das habe ich in Amerika gelernt –, wenn es stark regionalisiert ist und auf die Bedürfnisse der Menschen geeicht ist. Wir können jetzt hier nicht von einem Integrationsradio im Internet reden; das, glaube ich, wird nicht funktionieren.

Wir müssen wirklich auf die Bedürfnisse eingehen. Und die Bedürfnisse sind ganz klar: die Information über die Region und die Unterhaltung. Ich kann das jetzt nur für die Türkischsprachigen sagen: Die Unterhaltung aus der Türkei ist dominierend, aber wenn wir Unterhaltung machen, ist das immer noch viel kräftiger und viel stärker als die türkischen TV-Sender, weil wir etwas haben, was diese nicht haben, nämlich die höchste Identität – wir sind deutsch-türkisch. Das ist das, was wir erfahren haben und worauf wir dann hoffentlich bald auch hier setzen können.

Aber nochmal zu der Frage von Herrn Dr. Sternberg zur Pressefreiheit: Ich habe, glaube ich, seit etwa zehn Jahren auf verschiedenen Podiumsdiskussionen immer versucht zu erklären, dass es ganz wichtig ist, was wir hier machen, weil wir etwas erfahren haben. Das ist ein Schlüsselerlebnis für mich. Irgendwann ruft mich der Türkische Ärzteverein aus Berlin an und sagt: Wir wollen den Programmchef sprechen. Ich bin zufällig auch der Programmchef, also kamen sie zu mir. Was habt ihr denn? Was ist das Problem? Es gab vor einigen Jahren diese WHO-Warnung – Sie können sich vielleicht daran erinnern –betreffend die Schweinegrippe, die große Epidemie. Die Türken lassen sich nicht impfen. Ich habe gefragt: Warum nicht? Das ist eine lustige Geschichte: Erdogan hat gesagt: „Ich impfe mich nicht.“ Das fing damals schon an. Und dann habe ich die Ärztin gefragt: Na und? Wo ist das Problem? Wenn es eine wirklich ansteckende Krankheit ist, dann laufen unter den Berlinern ungefähr 280.000 Menschen herum, die nicht geimpft sind – Kinder, Schüler usw. Wir sind hier nicht irgendwo anders, sondern mitten in der Gesellschaft.

Also haben wir uns eine Woche lang ein Thema ausgedacht, und zwar den „Grippe-Day“. Dann haben wir eine Woche lang mit den Ärzten zusammen eine Veranstaltung gemacht, und dann ging es wieder.

Da haben wir gemerkt, wie viel Einfluss verschiedene Debatten in der Türkei haben.

Pressefreiheit ist das, was uns am härtesten trifft, auch mich. Ich bekomme auch Morddrohungen usw. Aber wissen Sie, wer uns beschützt? Nicht die deutsche Polizei, sondern unsere Hörer. Wenn jetzt irgendjemandem irgendetwas passiert, dann gibt es so viel Verteidigung über den Sender. Wir wurden vor Kurzem von der Landesmedienanstalt Baden-Württemberg und von Rheinland-Pfalz untersucht, und uns wurde auch bescheinigt, dass wir die höchste Objektivität darstellen. Das ist das, was uns

unsere Hörer am meisten zugute halten. Wir haben 85 % Hörer in der Community – Türken, Kurden, Aleviten, Aserbeidschaner usw. Und das geht nur, wenn wir die höchste Objektivität schaffen. Das schätzen sie an uns am meisten. Das ist auch unser höchstes Gut.

Wir werden natürlich auch mit einigen Vereinen in Deutschland, besonders in Nordrhein-Westfalen, auch Konflikte eingehen, weil sie die Kultur der Türkei nach hier tragen wollen oder dies versuchen, aber das wird nicht funktionieren, weil die türkischstämmige oder türkischsprachige Bevölkerung hier die Pressefreiheit kennt. Wir machen auch sehr viele Sendungen darüber, und man erkennt das auch als das höchste Gut; da bin ich mir sehr, sehr sicher.

Das Thema Flüchtlingszahlen: Ich habe leider keine Zahlen für Sie. Ich weiß nur, dass wir sehr viele aus diesen Reihen haben. Ich weiß aber nicht, wenn sie uns anrufen, ob sie uns aus dem Flüchtlingsheim anrufen oder nicht, aber es gibt da eine spürbare Tendenz. Was wir aber noch stärker spüren als vielleicht die Flüchtlinge sind die türkischsprachigen Bulgaren. Allein in Berlin leben 40.000. In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl anscheinend auch sehr hoch. Die türkischsprachigen Bulgaren sind ungefähr 1 Million in Bulgarien. Sie ziehen nach Deutschland und natürlich dann dorthin, wo die türkischsprachige Bevölkerung auch ist.

Auch vom Balkan kommen die Leute nach hier: aus Griechenland, aus Mazedonien usw., sodass wir unser Programm auch für die ausgeweitet haben. Das Gute ist, dass sie auch türkische Musik mögen. Darauf haben wir uns ausgeweitet. Auf die Flüchtlinge gehen wir sporadisch ein, weil wir dort noch in den Kinderschuhen stecken. Aber wir machen jetzt regelmäßig Sendungen über sie: wie sie leben und worauf man hier achten muss. Ein gezieltes Programm ist noch nicht geplant.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Yikici. – Frau Brocker.

Doris Brocker (Landesanstalt für Medien NRW): Vielen Dank! – Wenn Sie gestatten, Herr Professor Sternberg, Herr Rahe, dann beantworte ich Ihre Fragen nach ausreichender Information zusammen. Ausreichende Informationen gibt es wahrscheinlich nie, zumal die Bedürfnisse der Flüchtlinge ja auch sehr unterschiedlich sein dürften.

Jetzt ist es bei der Landesanstalt für Medien aber so: Wir sind eine vergleichsweise kleine Einheit mit begrenzten Mitteln. Wir hatten bisher nie die Information des Einzelnen im Fokus – das machen wir jetzt verstärkt über die Homepage –, sondern wir haben immer mit Multiplikatoren oder mit solchen Institutionen zusammengearbeitet wie dem Schulministerium, mit anderen Ministerien, mit NGOs, die über entsprechende Verteiler verfügen. Wir haben uns eher mit Train-a-Trainer oder Zurverfügungstellung von Materialien beschäftigt. In Zeiten der Internetnutzung kann man sich überlegen, ob man spezifische Informationen für Flüchtlinge nicht einfach auf die Homepage stellt. Das will ich gar nicht ausschließen.

Das wäre aber die Information des Einzelnen darüber, wie die Medienlandschaft hier ist. Die Frage der Medienfreiheit, der Pressefreiheit, der Rundfunkfreiheit ist einfach

eine Frage: Was ist das deutsche Grundgesetz? Das sollte dort, wo Grundgesetz vermittelt wird, auch mit vermittelt werden.

Was aber natürlich ein interessanter Gedanke wäre, diesen Peergroupansatz, den wir sonst immer fahren, weiterzudenken. Wir haben ja auch noch die Stiftung, die sich um Ausbildung und Fortbildung von Journalismus kümmert. Ich gehe davon aus, dass unter Flüchtlingen auch solche sind, die zu Hause medial aktiv waren. Da könnte man natürlich überlegen, ob man da nicht einen Ansatz findet, spezifisch Flüchtlingsredakteure zu schulen, also die Journalisten mit Flüchtlingshintergrund, die dann wiederum ganz spezifisch auf die Bedarfe ihrer Landesleute eingehen können.

Die Frage, ob mir das fremdsprachige Programm beim WDR fehlt: Ich gehe davon aus, dass der WDR, der Rundfunkrat des WDR und die Programmdirektion des WDR, sicherlich mehr Einsicht darin haben, welche Programme welche Zielgruppen treffen, als die Landesanstalt für Medien das hat. Von daher möchte ich dazu jetzt mal nichts sagen.

Ich kann noch die Frage von Herrn Rahe beantworten. Der Gesetzgeber ist ja klug. Wir versuchen ja auch immer, von dieser Klugheit des Gesetzgebers zu lernen. Wenn der Gesetzgeber ins Gesetz schreibt, die Beiträge müssen deutschsprachig sein, schreibt er da ein „grundsätzlich“ vor. Dieses „grundsätzlich“ oder „in der Regel“ oder „vorwiegend“ haben wir natürlich auch in unsere Nutzersatzungen eingestreut. Ich sehe, dass fremdsprachige Beiträge oder Beiträge mit fremdsprachigen Bestandteilen im Bürgerfunk vor Ort natürlich höheren Abstimmungsbedarf aufwerfen. Das ist klar, aber ich sehe da eigentlich kein Hindernis, fremdsprachige Beiträge, zumindest Beiträge mit fremdsprachigen Bestandteilen, einzubringen.

Zum Thema „Information über Medien“ möchte ich auch noch eine kleine Anmerkung machen. In meiner langen Erfahrung bei der Landesanstalt für Medien habe ich auch festgestellt, dass in den Zeiten, in denen Deutschland sich ganz klar dazu bekannte, kein Einwanderungsland zu sein, sich auch ungute Tendenzen breitgemacht haben, nämlich die hier lebenden ausländischen Mitbürger in ihren Heimatmedien verortet zu lassen. Wenn Sie ausländischer Mitbürger waren, hatten Sie Anspruch darauf, dass ihnen der Vermieter, der Kabelnetzbetreiber fremdsprachige Programme aus ihrer Heimat zur Verfügung stellt. Das hat natürlich zum Teil dazu geführt, dass das Bild dieser ausländischen Mitbürger von ausländischen Medien geprägt war. Deshalb finde ich, sind inländisch-fremdsprachige Medien oder inländisch-integrierende Medien da sicher der bessere Ansatz als Türken darauf zu verweisen, die Heimatsender zu sehen oder die Araber darauf zu verweisen, die Heimatsender zu sehen. Das sind sicherlich andere Standards als hier.

Ob das kippen kann durch das, was die Medien jetzt ausstrahlen, das ist natürlich die Frage. Das muss jeder Programmveranstalter für sich selber entscheiden. Wo ist es overdone, wie ist der Sättigungspunkt erreicht bzw. wo ist es schon in seiner Menge so provozierend? Das ist schwer zu beurteilen. Das wird für Programmacher derzeit auch eine der Kernfragen sein. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Brocker, auch für Ihren Beitrag, der in zwei Punkten auch sehr diplomatisch war. – Herr Berndroth, Sie haben das Wort.

Philip Berndroth (Freifunk Rheinland e.V., Mönchengladbach): Vielen Dank. – Wo wünschen wir uns mehr Unterstützung, oder: Wie kann man uns mehr unterstützen? – Ich habe es vorhin angesprochen: Eine große Gefahr stellt für uns das Thema „Vorratsdatenspeicherung“ dar. Wir blicken eigentlich der Novellierung des Telemediengesetzes mittlerweile relativ entspannt entgegen und hoffen, dass es da auf Bundesebene eine Einigung geben wird.

Dann ging es um die Frage „Inhalte in die Flüchtlings-Apps, die es vom Land NRW gibt, die eine ganze Menge mediale Inhalte bereitstellt. Ich habe sie auf vielen Smartphones in den Unterkünften gesehen – vielleicht ganz im Gegensatz zu dem, was da sonst konsumiert wird, denn das sind überwiegend die sozialen Medien. Sie haben es vorhin angesprochen, dass Sie auch mit Ihrer Plattform vom WDR darauf abzielen. Das hat auch den Hintergrund, dass dort sehr wenig oder fast gar keine Zensur herrscht und das von den Nutzerinnen und Nutzern sehr geschätzt wird und dass sie da eben frei kommunizieren können – sowohl direkt kommunizieren können, aber auch Informationen konsumieren können.

Für die Inhalte in der App sind an uns auch Wünsche angetragen worden. Von daher fände ich es klasse, wenn mehr zum Thema „Übersetzungen“ gemacht würde. Mittlerweile gibt es für Übersetzungen viele Onlinedienste, aber es wäre gut, das Angebot für das Erlernen der Sprache zu steigern, denn alle, die solche Kurse anbieten – das wissen wir auch von vielen Hilfsorganisationen –, werden oft überrannt. Wie gesagt, heißt das Hauptthema „Arbeit“. Die Flüchtlinge, die nach hier kommen, wollen arbeiten, und die Voraussetzung dafür ist, dass sie die Sprache sprechen.

Dann vielleicht noch eine persönliche Anmerkung zum Thema „Wo sind die Inhalte und wo kann man sie dann konsumieren?“ In Essen in den Flüchtlingsunterkünften und auch in vielen anderen hängen Flachbildfernseher, die auch lokalen DVBT-Empfang haben. Das aber, was da läuft, ist bestenfalls KiKa für die Kinder, aber ich habe da noch keine Inhalte zum Thema „Bildung“ oder Ähnliches gesehen. Diese Informationen werden auf den Smartphones, Tablets oder PCs, die wir auch zur Verfügung stellen, konsumiert und natürlich nicht in den Flüchtlingsheimen. Vielleicht ist es auch von der Unterbringungsform abhängig. Wenn die Leute hoffentlich bald dezentral untergebracht sind und wenn es da vielleicht auch einen Fernseher oder auch ein Radio gibt, sieht die Sache vielleicht anders aus. Dass heute irgendwo klassisch ein Radio aufgebaut wird, da ist, glaube ich, die Tendenz eher schwindend – es sei denn, vielleicht im Auto. – Danke.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Berndroth. – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Insofern darf ich mich bei allen Expertinnen und Experten bedanken, dass Sie uns hier zur Verfügung gestanden haben. Das Protokoll der heutigen Sitzung, der Anhörung, wird im Internet zur Verfügung gestellt. Ich gehe davon aus, dass die Fertigstellung in einem überschaubaren Zeitraum eine große Herausforderung für die Stenografen, für den Stenografischen Dienst ist. Das ist eine Menge

Arbeit. Am 30. Mai nehmen wir die Endberatung in unserem Ausschuss vor und befinden über ein Votum, das an den federführenden Integrationsausschuss geht. Wenn Sie die weitere Debatte verfolgen wollen, schauen Sie bitte ins Internet. Dort wird das Protokoll zur Verfügung stehen.

2 Verschiedenes

Vorsitzender Karl Schultheis: Ich weise in diesem Zusammenhang auf zwei Termine hin. Am 24.05. findet das Sachverständigengespräch zum Antrag der FDP zum Kulturgutschutzgesetz statt, und am 30.05. – wie in der Obleuterunde besprochen – der zusätzliche Sitzungstermin für Abstimmungen, und zwar das Votum zum Integrationsantrag. Und wir müssten sehen, ob wir nicht auch das Votum zum 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ebenfalls in diese Sitzung ziehen, wo ja die Anhörung im Hauptausschuss stattgefunden hat.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zum Punkt Verschiedenes gibt – das sehe ich nicht –, dann schließe ich die Sitzung. Herzlichen Dank. Ich glaube, das war eine sehr gute und sehr inhaltsreiche Anhörung. Da kann man eine ganze Menge mitnehmen und – die Politik wurde ja in ihrer Klugheit angesprochen, Frau Brocker – kluge Entscheidungen treffen. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. – Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

gez. Karl Schultheis
Vorsitzender

Anlage

27.05.2016/31.05.2016

160

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Kultur und Medien
am 03.05.2016, 14.00 Uhr

Thema: "**Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW**"
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 16/11229
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/11318 (Neudruck)

Tableau

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
a) Kultur		
Harald Pilzer M.A. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein- Westfalen (vbnw) Stadtbibliothek Bielefeld	Harald Pilzer	16/3823
Reinhard Knoll Präsident des Landesmusikrats Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	Dr. Robert v. Zahn	16/3811
Gerhart Baum Vorstandsvorsitzender des Kulturrates NRW Köln	<i>(vertreten durch Herrn Dr. v. Zahn und Herrn Rainer Bode)</i>	16/3824
Rainer Bode LAG Soziokulturelle Zentren Nordrhein- Westfalen Münster	Rainer Bode Julia Dill Jochen Molck	16/3809
Prof. Dr. Susanne Keuchel Akademie Remscheid Remscheid	Prof. Dr. Susanne Keuchel	----
Weitere Stellungnahme		
Olaf Zimmermann Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e.V., Berlin		16/3826

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
b) Medien		
Dr. Gualtiero Zambonini Integrationsbeauftragter des WDR Köln	Dr. Gualtiero Zambonini	16/3842
Tamer Ergün Yikici METROPOL FM GmbH & Co. KG Berlin	Tamer Ergün Yikici	----
Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), Düsseldorf	Doris Brocker	----
Philip Berndroth Freifunk Rheinland e.V. Mönchengladbach	Philip Berndroth	16/3839

* * *